



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.
Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen

Reader:

Konferenz

8. Mai 1945

Befreiung – Was sonst!?

Zum bundesdeutschen Umgang mit den
Tätern und Opfern des Naziregimes

18. April 2015

Kooperation mit der
Marx-Engels-Stiftung e.V.
Gathe 55, 42107 Wuppertal





8. Mai 1945 - zumindest eines **nicht**:

keine „Stunde Null“.

Der Tag der Befreiung – auf den der antifaschistische Widerstand hingearbeitet, für den er unsägliche Opfer gebracht hatte – war von den herrschenden Eliten natürlich nicht gewollt.

Überrascht hat er sie nicht. Sie ließen diejenigen, die öffentlich am „Endsieg“ zweifelten, in den letzten Kriegsmonaten zwar zu Zehntausenden ermorden, bereiteten sich aber selbst (lassen wir das kleine Häufchen von Selbstmördern wie Hitler und Goebbels einmal beiseite) sorgfältig auf die „Zeit danach“ vor.

Die „soziale Marktwirtschaft“ im 1949 gegründeten Separatstaat BRD war ihr schon zu Nazi-Zeiten ausgetüfteltes Werk.

„Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ war ihre von Adenauer geprägte Parole. Und war die Praxis, die den Umgang mit den Tätern (nicht nur) von einst und den Gegnern (nicht nur) von einst bestimmt hat.

Davon handelte unsere Konferenz:

Thema	Referentin/ Referent	Seite
▼ „Freiheit der Wissenschaft“ im Dienste der Unfreiheit. Hitlers Professoren in der frühen Bundesrepublik.	Prof. Ludwig Elm, Jena	3
▼ Wiederbewaffnung und Demokratenverfolgung in der Adenauerära.	Ulrich Sander, Dortmund	12
▼ Der Umgang der BRD mit Widerstandskämpfern und heutigen Antifaschisten - am Beispiel einer Familie.	Silvia Gingold, Kassel	19
▼ Russlandbilder im deutschen Faschismus.	Prof. Manfred Weißbecker, Jena	24

„Freiheit der Wissenschaft“:

Willige Professoren des Verbrecherstaats auf Lehrstühlen in der Bundesrepublik

Ludwig Elm, Jena | In der Wendezeit wurde 1990 im Foyer der Aula im Hauptgebäude der Friedrich-Schiller-Universität eine Tafel mit einer Aussage biblischen Ursprungs angebracht: „Die Wahrheit wird Euch frei machen“. Dagegen war gerade auch in jener Situation nichts einzuwenden, im Gegenteil. In der Schlussphase der DDR hatte es seitens der Obrigkeit und aller, die ihr noch folgten, zuviel Lügen, Bevormundung und Redeverbote, Informationsdefizite und Ähnliches gegeben.



Ludwig Elm, Jena

Jedoch: Der akademische Raum und die Umbruchsituation sowie die herablassende und belehrende Ermunterung seitens einwandernder altbundesdeutscher Politiker und Professoren lösten zugleich eine weitere Reflexion aus:

Wenn die Aussage stimmt und insofern sie als allgemein gültig angenommen wird, ist die Bundesrepublik über Jahrzehnte weithin nicht *frei* gewesen. Das hätte dann wohl vor allem auch für die Stätten der Bildung und Wissenschaft zu gelten, die exklusiv *Wahrheitsfindung* als ihren Beruf – wenn nicht gar als ihre *Berufung* – verkünden.

Angesichts ihres spezifischen Ranges und Anspruchs in der Gesellschaft regte diese 1990 aktualisierte Beschwörung den Blick auf die Herkunft und früheres Verhalten der Hohen Schulen und ihrer Angehörigen, voran der Professoren, in der Bundesrepublik erneut an ⁽¹⁾.

Die Erwägungen von 1990 finden sich in Titel und Anliegen dieses Beitrags wieder. Eine hilfreiche Betrachtung ist beim kritischen Zeitgenossen, dem Philosophen Karl Jaspers, Ende 1960 zu lesen: „Die Würde des vernünftigen Menschen liegt darin, dass er sich eingesteht, was geschehen und was getan ist. Die Würdelosigkeit bloßen Lebens liegt darin, einen Strich unter das Vergangene zu machen, zu vergessen und weiterzuleben aus dem bloßen An-

spruch gegenwärtigen Daseins. Die Würdelosigkeit steigert sich, wenn die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit in Forderungen an andere endet.“⁽²⁾

Im Unheil läge „die große Chance der Selbstbesinnung“: „Erst die noch zu erwerbende Mitverantwortung der Bürger und Politiker, die Wahrhaftigkeit im öffentlichen Tun und Reden, die Reinheit der Atmosphäre werden die politische Freiheit verwirklichen, für die jetzt die Chance besteht.“⁽³⁾

Von Anbeginn und bis heute, mehr Propaganda als auf unbestechliche Analyse gegründet, geht die herrschende Selbstdarstellung davon aus, dass die Bundesrepublik ihrer *wunderbaren Natur* zufolge, von

„Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben.“

Wolfgang Abendroth

vornherein selbst die *Freiheit* verkörpere – selbstredend inzwischen längst wieder auf *deutsche Art* beispielhaft für die übrige Welt.

Bereits bei ihrem Besuch im ersten Jahr der Bundesrepublik hatte Hannah Arendt die vorherrschende Tendenz wahrgenommen, sich solch einem von Jaspers benannten Gebot menschlicher Würde und seinem Preis, eigene Mitschuld zu bekennen, offen zu legen und dafür zu sühnen, zu verweigern:

„So ist es dazu gekommen, dass nicht nur aktive Nazis, sondern auch überzeugte Nazigegner heute von mächtigen und einflussreichen Positionen in Deutschland ausgeschlossen sind; dies ist das Symptom, das am deutlichsten die fehlende Bereitschaft der deutschen Intelligenz bezeichnet, ihre eigene Vergangenheit ernst zu nehmen oder die Last der Verantwortung zu tragen, die ihr das Hitlerregime aufgebürdet hat.“⁽⁴⁾

Klima der fünfziger Jahre

Es bildete sich im restaurativen gesellschaftlichen Trend und Klima jene Situation der fünfziger Jahre heraus, die Wolfgang Abendroth im Rückblick am entschiedensten charakterisierte:

„Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben.“⁽⁵⁾

Die von H. Arendt angesprochene „eigene Vergangenheit“ reichte um 1945-49 für die Mehrheit des deutschen Akademikertums als Schicht, somit für viele ihrer einzelnen, auch exponierten, Angehörigen, zurück bis zur Teilnahme am nationalistisch-militaristischen Aufbruch in den Ersten Weltkrieg, zur Gegnerschaft, zumindest Distanz und Skepsis gegenüber der Novemberrevolution 1918 und der folgenden parlamentarischen Republik (Bismarck- und Hohenzollernkult, aristokratische Nostalgie, Antisozialismus und wuchernden Antisemitismus eingeschlossen) und schließlich bis zum Arrangement mit der ab 1933 einbrechenden Barbarei sowie der europaweiten Eroberungs- und Vernichtungspolitik 1938 bis 1945.

Ludwig Elm

Einer der wichtigsten deutschen Konservatismusforscher

- Lehre als Landwirtschaftsgehilfe
- Studium in Berlin und Leipzig
- wissenschaftlicher Assistent an der Friedrich-Schiller-Universität, Jena
- 1964 zum Dr. phil promoviert
- 1971 Habilitation mit der Arbeit „Hochschule und Neofaschismus - Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD“
- Bis 1991 Professor an der Universität Jena
- Von 1984-88 für die PDS Mitglied des Bundestages



Echte Ansätze zu einer Säuberung und selbstkritischen Bestandsaufnahme

Unter dem Regime der Besatzungsmächte war es ab Frühsommer 1945 in Wechselwirkung mit antifaschistischen, entschieden demokratischen Initiativen in den vier Zonen an allen Hochschulen zu Eingriffen, Entlassungen und Suspendierungen sowie Aufforderungen gekommen, die echte Ansätze zu einer Säuberung und selbstkritischen Bestandsaufnahme sowie zum Drang nach gesellschaftlich und geistig tiefgreifender Erneuerung auch an den Hohen Schulen bildeten.

Bereits ab 1947/48 schwächten sich auf der Grundlage fortbestehender oder sich wieder regenerierender sozioökonomischer und sozialer Strukturen und Interessen, zunächst eher verdeckt agierender einflussreicher Gruppierungen und Seilschaften sowie fortwirkender fortschrittsfeindlicher Vorstellungswelten, diese Bestrebungen und Tendenzen ab. Sie wurden begünstigt von Widersprüchen und Umorientierungen in der Politik der Besatzungsmächte sowie außen- und weltpolitischen Prozessen.

Schlussstrichpolitik unter Kanzler Adenauer

Mit der Konstituierung der Bundesrepublik im September 1949 und der unverzüglich und umfassend eingeleiteten Schlussstrichpolitik der Mitte-Rechts-Koalition unter Kanzler K. Adenauer setzte sich auch an den Universitäten und Hochschulen der bisherigen Westzonen offen und flächendeckend eine *liberal*, auch *christlich* getünchte, restaurative und antikommunistische Formierung durch.

Hauptmerkmale waren, dass zügig *einerseits* die im Niedergang der Weimarer Republik und während der NS-Diktatur tätig gewesenen Lehrstuhlinhaber dominant sowie *andererseits* die legitimen Erwartungen und Ansprüche der politisch und rassistisch Verfolgten, der erwiesenen Nazigegner und der Emigranten weitgehend verdeckt abgewehrt oder offen verweigert wurden.

Es kam zum Abbruch von Bestrebungen progressiver Bildungs- und Hochschulreformen sowie zur weitgehenden Wiederherstellung der alten, 1914/15 im Kriegstaukel bla-

mierten sowie 1933 politisch und moralisch katastrophal gescheiterten *Ordinarien-Universität* einschließlich ihres diskreditierten Anhängsels, des tradierten Korporationsstudententums.

Symptome und Spuren akademischer Restauration

Die Ausführungen gehen einigen hauptsächlich und charakteristischen Momenten und grundlegenden Tendenzen an den Universitäten und Hochschulen, insbesondere im Lehrkörper, nach. Sie werden in diesem Rahmen thesenhaft formuliert und mit Verweis auf exemplarische Vorgänge und Fälle veranschaulicht. Über lexikalische Nachweise, einschlägige Veröffentlichungen sowie Internet können einzelne Spuren und Richtungen, beispiels-

Bis in die 1980er Jahre ließen Tagungen und Schriften anlässlich akademischer Jubiläen und Ehrungen in der Regel die Jahre 1933 bis 1945 ebenso aus wie Tatsachen über den fragwürdigen Umgang mit diesem Erbe nach 1949.

weise von Disziplinen, Institutionen oder Persönlichkeiten und Gruppen, weiterführend verfolgt werden ⁽⁶⁾.

Zu allen einzelnen Aussagen und Wertungen steht in Archiven, Literatur und Internetdiensten inzwischen ein überwältigendes Tatsachen- und Beweismaterial zur Verfügung. Einige Beispiele und Hinweise finden sich auf zwei Seiten eines Blattes, das Interessierten zur Verfügung gestellt wird.

Kein Anlass für eigene Lern- und Klärungsprozesse

1. Es gab seitens der ab September 1949 herrschenden politischen Kräfte und gemäß dem unter ihrem bestimmenden Einfluss in der bundesdeutschen Öffentlichkeit vorherrschenden Zeitgeist keinerlei verbindliche Erwartungen oder gar Forderungen, eigenes Mitläufertum oder Mittäterschaft offen zu legen.

Es wurde damit auch nicht gefragt nach Motiven, Gründen und Umständen, als *Bildungsbürger* menschenverachtendes Geschehen hingenommen, gebilligt oder in dieser oder jener Weise zu unterstützt zu haben. Wie in den anderen gesellschaftlichen Bereichen sahen die tonangebenden Kreise an den Hohen Schulen daher keinen Anlass für

eigene Lern- und Klärungsprozesse, noch weniger das Gebot, über solche innerhalb der Fachgebiete, Institutionen und Gremien der Wissenschaft und höheren Bildung Rechenschaft abzulegen.

Es kam nicht zu überfälligen kritischen Grundsatzdebatten über die seit 1918/19 und 1933 stattgefundenen historisch-politischen Ereignisse und Prozesse sowie wiederholtes eigenes Versagen. Dies gilt für alle Universitäten und Hochschulen; es betrifft ausnahmslos – obgleich mit Differenzierungen – alle Wissenschaftsdisziplinen und Studienrichtungen, vor allem naturgemäß die Professoren an der Spitze der akademischen Hierarchien.

Die auf diesem Weg ab Herbst 1949 sehr tief abgesenkten politisch-ideologischen, moralischen und wissenschaftsethischen Normen erwachsen aus der Vorgeschichte sowie dem raschen Übergang in eine nahezu unbeschränkte Restauration und aus deren gesamtgesellschaftlicher Komplexität. Letztere begründete ein weitgehend gleiches Interesse der maßgeblichen Schichten und Gruppen, die jüngste Geschichte weitgehend zu verdrängen sowie darin eigenes früheres Verhalten stillschweigend auf sich beruhen zu lassen.

„gewisse Stille“ der Nachkriegszeit

Mit der jüngsten Vergangenheit sollte und konnte das eigene Tun und Lassen der allgemeinen Vergessenheit überantwortet werden. Bis in die 1980er Jahre ließen Tagungen und Schriften anlässlich akademischer



Jubiläen und Ehrungen in der Regel die Jahre 1933 bis 1945 ebenso aus wie Tatsachen über den fragwürdigen Umgang mit diesem Erbe nach 1949. Das Establishment der Bundesrepublik ließ die „gewisse Stille“ der Nachkriegszeit im Januar 1983 durch Hermann Lübke selbstgefällig feiern ⁽⁷⁾.

2. Versuche, den restaurativen gesellschaftlichen Gesamtprozess zu verstehen, haben zu berücksichtigen, dass die konservativen und rechtsliberalen Führungskreise in Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, Bildung und Medien sich in einer akuten geistigen Krise befanden.

Die völkisch-nationalistischen, imperialen und rassistischen Vorstellungen und Leitbilder ihrer Vorgängerparteien und -Verbände waren gescheitert und verrufen – also weithin Makulatur. *Antifaschismus*, aber auch ein volksverbundener *Republikanismus* und *Radikaldemokratismus*, war für sie als echte Alternative fundamentaler geistiger Erneuerung unannehmbar; beides stand den sozioökonomischen wie politischen Triebkräften und den Zielen der Restauration fremd und störend entgegen.

Geisteshelden jener Jahre

Symptomatisch war, dass mit Martin Heidegger ein Philosoph zum Geisteshelden jener Jahre wurde, der sich und sein Denken in unsäglicher Weise mit der „nationalen Revolution“ Hitlers verbunden hatte. Ähnliches gilt für die nahezu ungebrochene und bis heute andauernde Nachwirkung Carl Schmitts, den unablässigen Kult um Ernst Jünger und die ihm zahllos zuteil gewordenen Preise und Ehrungen sowie unzählige analoge geistesgeschichtliche Phänomene.

Bismarck, Wilhelm II. und Hindenburg blieben in Dörfern und Städten als *nationale* Größen wie selbstverständlich gegenwärtig.

Antikommunismus: glühender ideologischer Impuls

Als glühender ideologischer Impuls lebte der vom größten nazistischen barbarischen Antibolschewismus gereinigte und zeitgemäß modifizierte Antikommunismus fort. Dazu kam die Zuflucht zu politisch instrumentalisierbarem *Christentum* und billig erschwinglichen *Europa-Ideologien*.

Letzteres meint solche, die ohne antifaschistische und antikolonialistische oder kapitalismuskritische Voraussetzungen oder Problemstellungen auf dem Meinungsmarkt im Angebot waren. Die zeitweilige Scheinblüte stockkonservativer Abendland- und Europabilder rückwärtsgewandter Professoren, Publizisten und Schriftsteller ging rasch und ziemlich wirkungslos vorüber.

Noch Ludwig Erhards, wohl etwas unklug etikettiertes, Theoriekonzept „*Formierte Gesellschaft*“ von 1965 verendete rasch und kläglich. Ihm folgten Versuche mit ähnlichen Widersprüchen, Hindernissen und Defiziten, den nach 1945 – wie zuvor nach 1918 – zutiefst verrufenen *Konservatismus* zu erneuern und massenwirksam zu beleben.

kein Hinderungsgrund für die Rückkehr auf die Lehrstühle

3. Aus dem genannten Grundprozess ergab sich, dass grundsätzlich

Aus dem weiten Spektrum der Wissenschaftsdisziplinen waren nicht zufällig am häufigsten und schwerwiegendsten Juristen und Mediziner direkt daran beteiligt, Menschen zu entrechten, auszugrenzen und zu vernichten. Sie wurden am ehesten kriminell im engen und strengen Sinne des Wortes. Die zweite Karriere in der Bundesrepublik behinderte dies kaum und forderte ihnen auch keine selbstkritische Analyse ab.

auch die intellektuelle, moralische oder exekutive Mitwisser- und Mittäterschaft sowie Beihilfe im System rassistischer und terroristischer Verfolgung und Unterdrückung, der Apologie der Diktatur und systemati-

scher Massenvernichtung von Menschen überhaupt, keine Hinderungsgründe für den Verbleib oder die Rückkehr auf die Lehrstühle bildeten.

Aus dem weiten Spektrum der Wissenschaftsdisziplinen waren nicht zufällig am häufigsten und schwerwiegendsten Juristen und Mediziner direkt daran beteiligt, Menschen zu entrechten, auszugrenzen und zu vernichten. Sie wurden am ehesten kriminell im engen und strengen Sinne des Wortes.

zweite Karriere in der Bundesrepublik

Die zweite Karriere in der Bundesrepublik behinderte dies kaum und forderte ihnen auch keine selbstkritische Analyse ab. Die Nachsicht und der unter antikommunistischen Prämissen gewährte Ablass bezogen grundsätzlich intellektuelle oder operative Mitwirkung an allen Verbrechenskategorien ein:

- ▼ Machtmissbrauch der Diktatur sowie Missachtung elementarer Bürger- und Menschenrechte,
- ▼ Bruch des Völkerrechts sowie Eroberungs- und Ausrottungspolitik,
- ▼ Rassismus – insbesondere ausgrenzender und vernichtender Antisemitismus und Antiziganismus,
- ▼ Euthanasie. Repräsentative Beispiele sind der Mediziner Werner Catel sowie die Juristen Erich Schwinge und Reinhard Höhn ⁽⁸⁾.

Die Affären Heyde/Sawade Ende der fünfziger und Schneider/





Schwere Mitte der neunziger Jahren waren zeitweilig gelungene Täuschungs- und Betrugsmanöver mittels Namenwechsels, die ohne Hinnahme oder Beihilfe seitens Mitwissern und Gleichgesinnter kaum über längere Zeit gelangen wären. Im zweiten Fall gelang dies immerhin von der Promotion bis zu Rektorat und hohen Ehrungen über mehr als vier Jahrzehnte.

Fehlendes Unrechts- oder Schuldbewusstsein

Ebenso waren ein auch später fehlendes Unrechts- oder Schuldbewusstsein keine das höchste Lehramt, akademische Ämter und Ehrungen ausschließenden Gründe. Nur für eine bundesweit äußerst geringe Anzahl kam es nicht zur Rückkehr in akademische Würden und Privilegien. Das betraf nazistisch außergewöhnlich und auffällig exponierte Hochschullehrer, die Tätigkeit in spezifisch faschistischen Institutionen und Projekten (z.B. *SS-Ahnenerbe* oder *Rasse- und Siedlungs-Hauptamt*) oder eine offensichtlich ungenügende Qualifikation.

Immerhin war auch noch auf bestimmte Mindestwartungen der Alliierten sowie der Erfahrungen und Stimmungen in deren Ländern Rücksicht zu nehmen. Es sollte auch vermieden werden, dass durch bekannte NS-Aktivisten die öffentliche Aufmerksamkeit auf deren kollegiales Umfeld gelenkt sowie durch unerwünschte Nachfragen und -forschungen befördert wurden.

Pensionsansprüche wurden uneingeschränkt anerkannt

4. Der Art. 131 GG und das zu seiner Ausführung erlassene Gesetz vom April 1951 legalisierten und beförderten auch für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich ziemlich umstandslos die längst eingeleiteten personellen Kontinuitäten von den Bediensteten und Schreibtischtätern der NS-Diktatur zum Personal der *freiheitlich-demokratischen Grundordnung*.

Die bis zum 8. Mai 1945 erlangten Qualifikationen, Einstufungen und Ränge sowie Pensionsansprüche wurden ebenso uneingeschränkt anerkannt wie Ansprüche auf Weiterbeschäftigung oder Wiedereinstellung. Ruhestandsbezüge zu kürzen oder Fortbeschäftigung bzw. Wiedereinstellung zu verweigern, war selbst bei erwiesener erheblicher

NS-Belastung - außer bei den oben angedeuteten seltenen Ausnahmen - nicht vorgesehen. Sie wurden höchstens individuell im Ergebnis von Strafverfahren und Schuldsprüchen aberkannt oder eingeschränkt.

Der als Leiter des Bundeskanzleramtes bald zum Staatssekretär beförderte Hans Globke war im faschistischen Reichsministerium des Innern von 1933 bis 1945 daran beteiligt, die Juden in Deutschland sowie weiteren europäischen Ländern zu verfolgen, zu entrechten und zu vernichten.

Ihm oblag als rechter Hand von Adenauer auch die Personalpolitik, wobei seine langjährigen Kenntnisse und Kontakte im einschlägigen, protegierten Personenkreis für ihn und seinen Chef äußerst nützlich waren. Vom Bundesinnenministerium wurden Listen mit nach 1945 entlassenen oder suspendierten, noch nicht wieder eingestellten Hochschullehrern herausgegeben, die bei verfügbaren Stellen vorrangig zu berücksichtigen waren.

Vorzeitig in den Ruhestand

Daraus ergab sich nicht selten, dass der Anteil belasteter Professoren im Lehrkörper zunächst wieder zunahm. Das war dessen antikommunistischer Stabilität und grundsätzlicher Systemtreue keineswegs abträglich. Falls später gelegentlich erhebliche individuelle Belastungen, beispielsweise als Blutrichter oder mörderischer Mediziner, bekannt wurden und abträgliche öffentliche Wirkungen zeitigen konnten, wurde einvernehmlich verabredet, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Das erfolgte *selbstverständlich* ohne die Bezüge zu kürzen oder den längst gewährten respektvollen gegenseitigen Umgang als Mitglied einer *ehrenwerten Gesellschaft* zu beeinträchtigen.

Ingo Müller schrieb über „Die juristischen Fakultäten“, dass mit der Aufnahme des Lehrbetriebs nach 1945 die Professorenschaft sich sogleich kümmerte „um ihre aus dem Amt entfernten Kollegen – jedoch nicht um die von den Nazis vertriebenen, sondern um die von den Alliierten suspendierten.“⁽⁹⁾

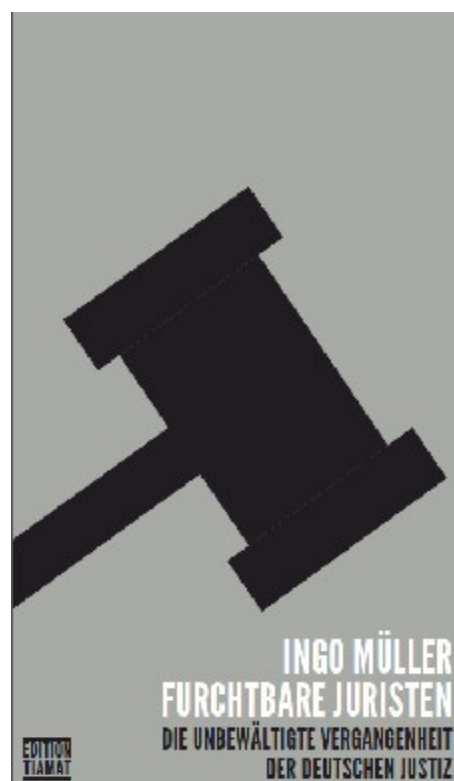
Nationalsozialistische Rechtsordnung mitgeformt

Entlassungen und Suspendierungen der Besatzungsmächte wurden weitgehend rückgängig gemacht und die

Exilierten sowie antifaschistische Außenseiter blieben überwiegend draußen:

„Ernst Forsthoff, Georg Dahm, Walter Hamel, Ernst Rudolf Huber, Günter Küchenhoff, Karl Larenz, Theodor Maunz, Herbert Krüger, Hans-Peter Ipsen, Ulrich Scheuner, Werner Weber, Arnold Köttgen, Hans-Carl Nipperdey, Heinrich Henkel, Friedrich Schaffstein, Erich Schwinge, Hans Welzel und all die anderen, die die nationalsozialistische Rechtsordnung mitgeformt hatten, kehrten dagegen auf ihre Lehrstühle zurück und prägten die herrschende Meinung in den fünfziger Jahren wie schon in den Dreißigern und Vierzigern.“⁽¹⁰⁾

Wolfgang Abendroth berichtete, in jener Zeit habe „gegen meinen Rat ein SDS-Student über einen meiner juristischen Kollegen einen Artikel in einer Studentenzeitung geschrieben und darin Passagen aus dessen Veröffentlichungen im Dritten Reich zitiert. Die Folgen, die dieser Artikel hatte, kann man sich heute kaum noch vorstellen. Der Student wurde von der Universität relegiert, ohne dass ich es hätte verhindern können. Er wurde strafrechtlich verfolgt und verurteilt, denn das Gericht entschied, dass die Veröffentlichung eine Beleidigung enthalte, weil ein Zitat des Kollegen mit der Randbemerkung versehen war, dass es von nationalsozialistischer Gesinnung zeuge, was natürlich auch der Fall war.“⁽¹¹⁾



pronazistische biographische Phase eher förderlich

5. In gleicher Weise schloss die vorangegangene – nicht selten durchaus erhebliche oder gar kriminelle - Schuld aus den Jahren des Dritten Reiches die baldige Übernahme leitender akademischer Ämter (Rektor, Prorektor, Dekan, Mitglied sonstiger Gremien etc.) keineswegs aus.

Vielmehr ist eine – gemessen an etlichen Fällen – pronazistische biographische Phase in diesem Umfeld offenbar vielfach eher förderlich gewesen.

Das Gleiche gilt für den unmittelbaren Übergang zur politischen Akzeptanz und Beförderung als Abgeordneter, Staatssekretär oder Minister, Gutachter, Berater der Bundesregierung oder von Landesregierungen, Vertrauensperson in der Wirtschaft, in Spitzenpositionen der Justiz, Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen u. ä. Folgerichtig schlug sich dieser Trend bald mess- und nachweisbar in Ehrungen und Ehrenämtern sowie sonstigen öffentlichen Belobigungen nieder.

Die Liste der Bundesverdienstkreuze sowie regierungsoffizielle Gratulationen oder Nachrufe der fünfziger bis siebziger Jahre bieten dazu reiches Anschauungsmaterial. Beispiele für leitende Ämter in der Politik der Bundes- und Landesregierungen sind Wilhelm Grewe, Walter Hallstein und Theodor Maunz.

Dreiste und zynische Erscheinungsformen

6. Die Wiederkehr des Korporationsstudentums kann als besonders drastisches und aufschlussreiches Beweismaterial für dreiste und zynische Erscheinungsformen der Rückkehr von Gespenstern der Vergangenheit sowie der Geschichtsfälschungen herangezogen werden. Ihre mehrheitliche Ablehnung in Gesellschaft und Hochschule unmittelbar nach Kriegsende sowie die Verbote und Ächtung in den vier Besatzungszonen wurden ebenfalls ab 1947/48 untergraben und dann im Geist der bundesdeutschen Staatsgründung überwunden. Begünstigt von der Politik sowie nach und neben der treibenden Rolle der Alten Herren erledigte die überwiegend geistesverwandte Justiz – darunter

seit Studienzeiten nationalkonservativ orientierte und männerbündisch liierte Juristen - bis in die fünfziger Jahre verbleibende Widerstände gegen die Rückkehr in den Hochschulraum und die Wiederezulassung der Mensur.

Bis Mitte der sechziger Jahre wurden die Verbindungen und ihre Verbände für die Unionsparteien, die FDP, für Wirtschaftsbesitzer, Kirchen und öffentliche Institutionen, zunehmend auch die SPD-Führung, die hauptsächlich studentische Basis im Hochschulwesen.

Besonders aufschlussreich sind die personellen und ideologischen Querverbindungen zwischen Hoher Schule, Wirtschaft, Justiz und Beamten-tum sowie die jahrzehntelang fast totale Verdrängung eigener Fehlentwicklung und Schuld zwischen 1871 und 1945. Der Blick in die einschlägigen Jahrgänge der Verbandszeitschriften seit 1949/50 wie *Burschenschaftliche Blätter*, *Deutsche Corps-*

Die Dogmatik wissenschaftlich fragwürdiger, rechtsgerichteter Versionen des Totalitarismuskonzepts wurde bis in die Medien, die Schulbücher und die politische Bildung übersetzt und auf diesen Wegen verbreitet.

Die Würdigung der Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985 ist auch als Blamage der Geschichtswissenschaft zu begreifen.

zeitung, *Der Convent*, *Academia* und andere illustriert das Fortleben eines grundsätzlich elitär-fortschrittsfeindlichen Selbstverständnisses sowie mancher Idole von 1871, 1914, 1919 und 1939-1945.

Fundamentale Defizite hinsichtlich des Erinnerns und Gedenkens

7. Das Verhalten der Professorenschaft wurde zu einem stabilisierenden Faktor der gesamtgesellschaftlich restaurativen Entwicklung und insbesondere einer politischen Standortbestimmung und Orientierung, die unter den Bedingungen unbedingter Westbindung, deutscher Spaltung und internationaler Blockkonfrontation der primär antikomunistischen Politik und Massenbeeinflussung dienlich war.

Das gilt in hohem Maße für den destruktiven Einfluss auf die Vergangenheitspolitik, einschließlich langjähriger fundamentaler Defizite hinsichtlich des Erinnerns und Geden-

kens.

Die Dogmatik wissenschaftlich fragwürdiger, rechtsgerichteter Versionen des Totalitarismuskonzepts wurde bis in die Medien, die Schulbücher und die politische Bildung übersetzt und auf diesen Wegen verbreitet. Die Würdigung der Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985 ist auch als Blamage der Geschichtswissenschaft zu begreifen, die – wie zwei Jahrzehnte zuvor angesichts des *Braunbuchs* der DDR – nicht bereit war oder gewagt hätte, wesentliche, aber für westdeutsches offizielles Selbstverständnis unerwünschte, tabuisierte Wahrheiten der jüngsten Geschichte vor und nach 1945 längst aufzudecken und weithin hörbar zu benennen.

Nazistische Massenmorde und Gewaltverbrechen häufig anders behandelt als sonstige Morde

Maßgeblich durch die Courage und das ausdauernde Engagement der Mannheimer Staatsanwältin Barbara Just-Dahlmann, unterstützt von ihrem Ehemann Helmut und einem kleinen Kreis aus Kirche, Hochschule und Medien, gibt es drastische Belege dafür, dass in den sechziger Jahren die große Mehrheit der Staatsrechtslehrer sich gegenüber Initiativen zugunsten angemessener Sühne schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch bundesdeutsche Gerichte ignorant und ablehnend verhielt oder vielfach einfach opportunistisch wegduckte.

Die Juristin war im April 1960 aufgrund ihrer Polnisch-Kenntnisse an die *Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen* in Ludwigsburg abgeordnet worden. Zutiefst empörte sie der rechtsstaatlich und moralisch unhaltbare Umgang bundesdeutscher Gerichte mit NS-Verbrechen.





Die Herabstufung erwiesener Täter – vielfach Massenmörder - zu *Gehilfen* bildete einen Kernpunkt der Kritik. Damit zog sie sich Anfeindungen von Juristen, Unionspolitikern und Medien zu, die weiterhin primär aus der Täter- und nicht der Opferperspektive urteilten.

Auf Initiative von B. Just-Dahlmann und ihrer engsten Mitstreiter richtete der *Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e. V.* am 12. März 1963 einen Brief an sämtliche Strafrechtslehrer der Bundesrepublik. Der kritische Befund darüber, dass Schwurgerichte der Bundesrepublik nazistische Massenmorde und Gewaltverbrechen häufig anders behandeln als sonstige Morde, wurde mit Urteilen aus zwölf Verfahren dokumentiert.

Von 58 angeschriebenen Professoren antworteten neun, darunter mehrere zustimmend:

Von der kleinen Minderheit, die das Anliegen unterstützten, hatten sich offenbar die meisten geäußert. Ähnlich versandeten Appelle an juristische Zeitschriften. In einem zweiten Brief des Koordinierungsrates an nunmehr 61 Strafrechtslehrer vom 30. April 1965 wurde das Bedauern über die mehrheitlich ausgebliebene Beantwortung und Unterstützung ausgedrückt und der Appell erneuert.

Es folgten dreizehn weitere, zwischenzeitlich ergangene Urteile, „deren Strafmaß in keiner erträglichen Relation zur Zahl der – bekanntlich unter grauenhaftesten Umständen – Ermordeten mehr steht.“⁽¹²⁾

Es trafen mehr Antworten ein als



1963, jedoch war nur ein Rechtsprofessor bereit, „unter bestimmten Voraussetzungen Urteile zu besprechen“.

8. Die Kritik unrühmlicher bis verbrecherischer Irrwege und Sackgassen der Mehrheit deutscher Hochschullehrer blieb nach 1949 zunächst einzeln und weitgehend wirkungslos. Das Schicksal der Schrift von Karl Jaspers zur Schuldfrage (1946) bezeugt dies exemplarisch. Pionierarbeit leisteten Léon Poliakov und Joseph Wulf seit Mitte der fünfziger Jahre mit ihren Dokumentationen zu Tätergruppen. „Das Dritte Reich und seine Denker“ erschien 1959.

Es störte ebenfalls den „Großen Frieden mit den Tätern“ (Ralph Giordano), zumal die Autoren ein weiteres Tabu missachteten und bereits längst wieder in Amt und Würden befindliche sowie weiterhin respektierte, bürgerlich wohl situierte NS-Parteigänger mit Originaltexten vorstellten.

Darunter befinden sich in diesem Band der Anthropologe Eugen Fi-

Die aufklärungsfeindliche geschichtsideologische sowie gegen große Opfergruppen gleichgültige Atmosphäre in der Bundesrepublik hatte sich mit der Rücksichtnahme auf Schreibtischtäter und weitere NS-Belastete in einer Weise verbunden, dass erst mit dem Ausscheiden jener Generation und dem absehbaren Zurücktreten ihrer Schüler und engeren Kollegenkreise eine befreiende Öffnung erfolgen konnte.

scher, der Philosoph Martin Heidegger, die Juristen Ernst Forsthoff, Reinhard Höhn, E. R. Huber, Theodor Maunz und Carl Schmitt. Viele Namen kamen auch aus Geschichte, Theologie und Naturwissenschaften.

Studentische Rebellion ab 1965/66

Ein erster öffentlicher Durchbruch gegen den andauernden offenen und verdeckten Widerstand der großen Mehrzahl der Ordinarien erfolgte mit der studentischen Rebellion ab 1965/66. Sie führte neben unzähligen lokalen und regionalen Initiativen an einigen Hochschulen zu Ringvorlesungen über die Hochschulen im Dritten Reich sowie Rückblicken auf die Nachkriegszeit.

Der Journalist Rolf Seeliger veröffentlichte 1964 bis 1968 die sechs

Hefte seiner Dokumentation „Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute“. Nazistisches bis 1945 sowie der bisherige schweigsame bis diskrete Umgang damit wurden fortgesetzt in der ignoranten bis abweisenden Reaktion der meisten Betroffenen, die sich Seeligers Angeboten zum Abdruck klärender Stellungnahmen und selbstkritischer Äußerungen entzogen oder vorwiegend sich zu rechtfertigen suchten. Man hatte andere - überfällige, ehrliche und selbstkritische - Reaktionen auch angesichts der herrschenden Politik weiterhin – und häufig schließlich lebenslang - nicht nötig. Es gab wenige anerkenntniswerte Ausnahmen.

Bis in die neunziger Jahre blieb es dabei, dass vor allem Außenseiter ernstzunehmende kritische Beiträge vorlegten. Darunter seit den achtziger Jahren sehr verdienstvoll Ernst Klee, auch Ingo Müller und Jörg Friedrich. Danach begannen Lehrstuhlinhaber und Nachwuchswissenschaftler mit Forschungsthemen, Qualifizierungsschriften und offiziellen Veröffentlichungen sich des Stoffes ernstlich anzunehmen.

Wissenschaftliche Gesellschaften und Vereinigungen, weitere Institutionen, Fachgebiete und Persönlichkeiten entschlossen sich vielfach erst mehr als ein halbes Jahrhundert danach, sich dem Geschehenen und Unaufgearbeiteten zu stellen. Es gab Eingeständnisse, dass prominente Wissenschaftler sich zeitlebens biographischer Offenlegung und auch nur Ansätzen zur Selbstkritik verweigert und ihre Schüler sich respektvoll kritischer Fragen, gar Forderungen nach Aufklärung, enthalten haben.

Inzwischen liegen zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Universitäten und Hochschulen, zu Fachbereichen und Themenkomplexen, Hochschullehrern und Studierenden im Dritten Reich vor. Seit einigen Jahren gilt dies auch für bemerkenswerte kritische Beiträge zur Frühgeschichte der Bundesrepublik. Die jahrzehntelange Verdunkelung und Verdrängung konnte nicht länger aufrechterhalten werden; das bürgerliche Establishment und sein Anhang bedurften selbst des Abschüttelns von Ballast, nicht zuletzt unter internationalen Aspekten.

Mit anderen Worten: Die aufklärungsfeindliche geschichtsideologische sowie gegen große Opfergruppen gleichgültige Atmosphäre in der Bundesrepublik hatte sich mit der Rücksichtnahme auf Schreibtischtäter und weitere NS-Belastete in einer Weise verbunden, dass erst mit dem Ausscheiden jener Generation und dem absehbaren Zurücktreten ihrer Schüler und engeren Kollegenkreise eine befreiende Öffnung erfolgen konnte.

Zeiträume des Lügens und Verdrängens

Die lag nun aber auch mit Rücksicht auf den internationalen Forschungsstand und das weltweit vorherrschende Meinungsbild im ureigsten Interesse der etablierten Kräfte. Zugleich dauern Bemühungen an, die das Gesamtbild der Bundesrepublik und ihre bis heute maßgeblichen ökonomischen, politischen und intellektuellen Schichten, Gruppen und Persönlichkeiten belastenden Sachverhalte zu marginalisieren oder zu beschönigen.

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen bedeuteten diese Zeiträume des Lügens und Verdrängens, dass die Betroffenen auf Dauer solcher Zumutungen der Rechenschaft, der Selbstkritik und der Schlussfolgerungen mehr oder weniger entoben blieben, sie ihre Karrieren fortsetzen und honorigen Positionen wahren, Orden und Ehrungen entgegennehmen sowie sich schließlich zu unverkürzten Ruhegehältern zurückziehen konnten.

Die fundamentalen langjährigen Defizite an Aufklärung, Sühne, Wiedergutmachung sowie notwendigen gesellschaftlichen Erneuerungen sind Bestandteil der Geschichte dieses Landes geworden, wirken fort und sind gegen erhebliche Widerstände in Wissenschaft, Bildung, Kultur und Medien wahrheitsgemäß zu verzeichnen, abzubilden oder wiederzugeben. Ohne sie sind Herkünfte und Wesen der bundesdeutschen Gesellschaft und Quellen künftiger Gefährdungen nicht hinreichend zu erfassen.

Gegensatz zum Umgang mit Hochschullehrern der DDR

Der Unterschied – besser: Gegensatz – zum Umgang mit Hochschullehrern der DDR nach der staatlichen Vereinigung 1990 ist frappierend und wird bisher weder umfas-

send offengelegt noch einer sachlichen Beurteilung, Kritik und Selbstkritik von politisch Verantwortlichen bzw. fachlich kompetenten Personen oder Gremien unterzogen.

Es ist einzuräumen, dass bereits Versuche dazu äußerst schwierig und für die gesellschaftliche und mediale, auch akademische Situation ihrer Initiatoren recht undankbar wären. Wir finden hier *zeitgemäße* Fortsetzungen des traditionsreichen akademischen Opportunismus vor, die wiederum *später* wohl einer nachträglichen Kritik unterzogen werden, wenn durch veränderte Umstände und Kräfteverhältnisse Status und Karriere davon nicht mehr beeinträchtigt werden oder neue Köpfe Überkommenes mutiger und schonungsloser Kritik unterziehen.

Jedenfalls wirkt grundsätzlich jene Traditionslinie fort, die unter Wilhelm II. und Bismarck ihren Ausgang nahm und zu der Franz Mehring im Mai 1897 anlässlich einer Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus zum *Kathedersozialismus* bemerkte, dass die Rechtskonservativen gegenüber der freisinnigen Presse „den Vorzug der Ehrlichkeit“ hätten:

„Das Gesalbader von der 'Freiheit der Wissenschaft', womit König Stumm und seine Helfershelfer bekämpft werden, kann einem übel machen. Alle bürgerlichen Gevattern, mögen sie rechts oder links oder in der Mitte sitzen, sind darüber einig, dass jeder Vertreter des wissenschaftlichen Kommunismus, mag er sonst der ruhigste und sachlichste Forscher sein, um seiner wissenschaftlichen Überzeugung willen von den Lehrstätten der deutschen Hochschulen ferngehalten werden muss.“⁽¹³⁾

Diese Spur lässt sich ungeachtet erheblicher zeit- und situationsbedingter Modifikationen über 1914, 1919ff., 1933, 1949 und 1990 nachweisen; sie berührt die Grundkonstitution des bürgerlichen Geisteslebens gestern und heute.

Ausgangs der sechziger Jahre stand der Problemkreis angesichts damaliger Anlässe und Erfahrungen im Vordergrund des eigenen Interesses; vgl. Ludwig Elm: Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD, Akademie-Verlag, Berlin 1972. Einzelne Kapitel und Abschnitte umfassten beispielsweise die Rückkehr der „amtsverdrängten“ und „131er“ Hochschullehrer auf die

Lehrstühle, die „braune Universität“ und ihre unbewältigte Vergangenheit sowie nazistisch belastete Wissenschaftler im Dienste der Wirtschaft, des Bonner Staates und der CDU/CSU.

1. Ausgangs der sechziger Jahre stand der Problemkreis angesichts damaliger Anlässe und Erfahrungen im Vordergrund des eigenen Interesses; vgl. Ludwig Elm: Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD, Akademie-Verlag, Berlin 1972. Einzelne Kapitel und Abschnitte umfassten beispielsweise die Rückkehr der „amtsverdrängten“ und „131er“ Hochschullehrer auf die Lehrstühle, die „braune Universität“ und ihre unbewältigte Vergangenheit sowie nazistisch belastete Wissenschaftler im Dienste der Wirtschaft, des Bonner Staates und der CDU/CSU.
2. Karl Jaspers: Freiheit und Wiedervereinigung, München 1960, S. 20
3. Ebenda, S. 21
4. Hannah Arendt: Besuch in Deutschland (1950), Berlin 1993, S. 43
5. Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt am Main 1976, S. 216 (edition suhrkamp 820)
6. Einen geeigneten Einstieg bietet: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Augsburg 2008
7. „Stille, gewisse“, in: Ludwig Elm: Der Mantel der Geschichte und andere deutsche Denkwürdigkeiten. Ein kleines Lexikon zur Zeitgeschichte, Köln 2011, S. 163
8. Beiträge zu Medizinern (Tobias Freimüller) und Juristen (Marc von Miquel) in: Norbert Frei: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/New York 2001
9. Ingo Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1989, S. 237
10. Ebenda, S. 238
11. W. Abendroth, a. a. O., S. 259
12. Barbara Just-Dahlmann/Helmut Just: Die Gehilfen. NS-Verbrechen und die Justiz nach 1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 194
13. Franz Mehring: Die Hetze gegen den Kathedersozialismus, in: Politische Publizistik 1891 bis 1904, Berlin 1964,
14. S. 181



Biographische Notizen über Freiheit der Wissenschaft und willige Professoren des Verbrecherstaates auf Lehrstühlen nach 1945 (Auswahl)

▼ **Blume**, Friedrich (1893-1975)
Musikwissenschaftler

1934 **NS**-Kulturgemeinde und Prof. Kiel (bis 1958), *Musik u. Rasse* (1938), 1939 *Dt. Musikwissenschaft* in Festschrift z. 50. Geburtstag d. Führers; **1945** Dir. Inst. Musikwiss. Kiel, Präsident d. *Ges. f. Musikwissenschaft*

▼ **Catel**, Werner (1894-1981)
Pädiater

1933 Ordinarius u. Lt. d. Univ. Kinderklinik Leipzig, 1937 **NSDAP**, **NS**-Ärztbund, Obergutachter beim **Kindermord** u. Lt. d. **Mord**abteilung d. Klinik (ca. 500 Opfer); **1947** Lt. d. Kinderheilstätte Mammolshöhe am Taunus, 1954-60 Ordinarius f. Kinderheilkunde Kiel

▼ **Dahm**, Georg (1904-1963) Jurist

1933 **NSDAP**, Ordinarius u. 1935-37 Rektor Univ. Kiel, *Polizeirechtsausschuss d. Akad. f. Dt. Recht*, 1939 Leipzig, Mitarbeit *Kriegseinsatz d. Geisteswiss.*, Univ. Straßburg, 1944 Führungskreis **NS**-Doz.-bund, Richter an Sondergericht; **1950** Lehrauftrag in Kiel, 1951 Professur in Dacca/Pakistan und 1955 in Kiel

▼ **Diem**, Carl (1882-1962) Mitbegründer u. Prorektor Dt. HS f. Leibesübungen Berlin

1933 Gen.-sekr. Org.-komitee Olymp. Sommerspiele 1936, 1936-45 Dir. Int. Olymp. Institut Berlin, **NS**-Publik., 1939 Lt. Auslandsabt. **NS**-Reichsbund f. Leibesübungen, 1944/45 freiwillig Volkssturm u. Appell an HJ; **1945** Dozent und Rektor (1947-62) Sport-HS Köln, 1950-53 Sportreferent Bundesinnenministerium

▼ **Eickstedt**, Egon Frhr. v. (1892-1965) Anthropologe,

1933 Prof. u. Dir. Ethnolog. Inst. Univ. Breslau, als Autor u. Hrsg. f. Vertreter **NS**-Rassenideologie, Gutachter f. Reichssippenamt; **1946** Lt. d. Anthropolog. Instituts Univ. Mainz (bis 1961), 1948 Ordinarius, 1948-52 Vorsitzender, später Ehrenmitgl. d. *Dt. Anthropolog. Ges.* (bis 1945: *Dt. Ges. f. Rassenforschung*)

▼ **Fischer**, Eugen (1874-1967)
Anthropologe

1918 Lehrstuhl Freiburg, 1919-26 **DNVP**, Mitbegründer und 1927 (bis 1942) Dir. KWI f. *Anthropologie, menschl. Erblehre u. Eugenik* Berlin, 1933-34 Rektor Univ. Berlin, 1933 Bekenntnisse zu Hitler u. Teilnahme Bücherverbrennung, 1940 **NSDAP**, Veröff. zu *Rassenlehre* - für Kolonialismus, völkischen Rassismus und Antisemitismus, Richter am *Erbgesundheitsobergericht*, Generalarzt f. *Rassenbiolog. Fragen Reichsstelle f. Sippenforschung*, 1936 Dank an Hitler für *Nürnberger Rassengesetze*, 1944 Umbenennung KWI in *Eugen-Fischer-Institut* u. Führungskreis **NS**-Dozentenbund; Nach **1945**: 1951 *Ges. f. Konstitutionswissen* Tübingen, 1952 Ehrenmitgl. *Dt. Anthropolog. Ges.*, 1954 Ehrenmitgl. *Dt. Ges. f. Anatomie*

▼ **Forsthoff**, Ernst (1902-1974)
Jurist

(1933) für Führerprinzip und Judenverfolgung, 1933 Lehrstuhl Frankfurt und: *Der totale Staat*, 1935 Hamburg, 1936 Königsberg, 1942 Wien, 1943 Heidelberg, 1937 **NSDAP**; ab **1950** Lehrtät., 1952 Prof. Heidelberg u. Richter am baden-württemberg. Verwaltungsgericht, 1972 *Konrad-Adenauer-Preis f. Wiss. d. CDU*-nahen Deutschlandstiftung e. V.

▼ **Franz**, Günther (1902-1992)
Historiker

1933 **NSDAP**, **SA**, **NS**-Lehrerbund, 1935 **SS**, a. o. Prof. Heidelberg, 1936 Ordinarius Jena, **SD**, 1939 **SS**-*Ahnenerbe* u. im Persönl. Stab A. Rosenberg, 1941 Straßburg, 1943 **SS**-Hauptsturmführer u. **RuSHA** unter Himmler; **1950** Gründer d. Ranke-Gesellschaft, 1957-70 Prof. u. Rektor Landw. HS Stuttgart-Hohenheim; Festschriften 1977, 1982, 1992

▼ **Gehlen**, Arnold (1904-1976) Philosoph u. Soziologe

1933 **NSDAP** u. Bekenntnis zu Hitler, 1934 **NS**-Doz.-bund, 1934 Prof. Leipzig, 1938 Königsberg, 1940-45 Wien, trat für autoritären Führerstaat ein; **1947** Ordinarius an HS f. Verwaltungswiss. Speyer, 1962 RWTH

Aachen 1971 *Konrad-Adenauer-Preis f. Wiss. d. Deutschlandstiftung* e. V.

▼ **Hallervorden**, Julius (1882-1965)
Neuropathologe

1933 Förd. Mitgl. d. **SS**, 1938 Abt.It. Neuropathologie am KWI Berlin-Buch, als Nichthabituierter Jan. 1938 v. Hitler z. Prof. ernannt, 1939 **NSDAP**, Sektionen von Euthanasie- und KZ-Opfern für rassistische Forschungen; **1949** Abteilungsleiter MPI f. Hirnforschung in Gießen, 1956 *Großes Bundesverdienstkreuz*

▼ **Huber**, Ernst Rudolf (1903-1990)
Jurist

1933 **NSDAP** u. Prof. Kiel - 1937 Leipzig, 1941 Straßburg **NS**-Dozentenbund, Mitarbeit im *Kriegseinsatz der Geisteswiss.*, Autor **NS**-Wochenschrift *Das Reich*; **1952** Lehrauftrag in Freiburg, 1956 Honorarprofessor, 1962 Universität Göttingen

▼ **Ipsen**, Hans Peter (1907-1998)
Jurist

1933 **SA**, 1937 **NSDAP** und **Staatsrat**, **NS-Rechtswahrerbund** u. Redner Reichsrechtsamt, 1939 (bis 1973) Lehrstuhl Hamburg, 1943 Dekan sowie Abt.It. im Reichsjustizministerium, hochschulpolitische Aufgaben im besetzten Belgien; Nach **1945** Verbleib auf Lehrstuhl, Ehrenvorsitzender d. *Vereinigung d. Dt. Staatsrechtslehrer*

▼ **Köttgen**, Arnold (1902-1967) Jurist

1931 Ordinarius in Greifswald, 1939 *Generalpolizeidezernent*, Dezernent für Reichsverteidigungsangelegenheiten in Kattowitz; ab **1949** Prof. in Köln u. Speyer, 1952 Göttingen

▼ **Kuhn**, Karl-Georg (1906-1976)
Theologe u. Orientalist

1932 **NSDAP** und **SA**, 1934 PD u. 1942 a. o. Prof. Tübingen, führender antisemitischer Autor, Beirat der Forschungsabteilung *Judenfrage* im *Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland*, Ehrendolch der **SS**; **1949** Prof. Neues Testament u. Judaistik Göttingen, 1954 Heidelberg u. Mitgl. AdW Heidelberg

▼ **Larenz**, Karl (1903-1993) Jurist
1935 Lehrstuhl Kiel, 1937 **NSDAP**,
Kriegseinsatz der Geisteswiss.; **S. 2**
1942 Kriegsverdienstkreuz; **1949**
Lehrstuhl in Kiel – 1951-1960 in
München

▼ **Maunz**, Theodor (1901-1993)
Jurist

1933 **NSDAP/SA**, 1935 a. o. Prof.,
1937 Ordinarius, Dekan u. Prorektor
Freiburg, rechtfertigte Führerstaat u.
Gestapo, gegen *Judentum* in d.
Rechtswiss.; **1945** Lehrstuhl Frei-
burg, 1952 Ordinarius München,
Doktorvater v. Roman Herzog - mit
ihm sowie NS- u. Bundesrichter E.
Dürig Grundgesetz-Kommentar,
CSU, 1957 - 1964 bayer. Minister
(Kultus), beriet Vorsitzd. d. **DVU**, **G.**
Frey, Autor (anonym) in dessen *National-Ztg.*, 1981 *Bayer. Maximilians-*
orden f. Wiss. u. Kunst

▼ **Meyer**, Konrad (1901-1973) Ag-
rarwissenschaftler

1931 **NSDAP**, PD u. **NS**-Doz.-führer
Göttingen, 1933 **SS**, 1934 Lehrstuhl
u. Inst.dir. Berlin, Mitarbeit Preuß.
Kultusmin., 1936 Vizepräsident. MPG,
Amtsleiter **RuSHA**, 1939 Mitgl.
Preuß. AdW, 1941 **SS**-Oberführer,
1942 Autor *Generalplan Ost* beim
RSHA; **1945** Interniert, 1948 Haft-
strafe im **RuSHA**-Prozess – auf
freien Fuß, 1956-64 Lehrstuhl TH
Hannover

▼ **Müller**, Karl Alexander v. (1882-
1964) Historiker

früher Sympathisant der **NSDAP** u.
Mitgl. 1933, Lt. Forschungsabt. *Ju-*
denfrage im *Reichsinstitut f. Ge-*
schichte d. neuen Deutschland,
1936-1944 Präsident d. *Bayer.*
AdW u. Vorsitzd. ihrer *Histor. Sekti-*
on **1953** Mitgl. d. *Bayer. Akademie*
d. Schönen Künste, 1961 *Bayeri-*
scher Verdienstorden

▼ **Oberländer**, Theodor (1905-
1998) Ostforscher

Teilnahme **Hitler-Putsch** 1923,
1933 **NSDAP** u. **SA**, 1934 a. o. Prof.
TH Danzig u. Inst.dir. Königsberg,
1934 Landeslt. Ostpreußen f.
Deutschtum i. Ausland (**VDA**) u. Lt.
d. Bd. Dt. Osten (**BDO**), 1937 Prof.
Königsberg u. Gauamtsleiter d.
NSDAP Ostpreußen, 1939 **Geheim-**
dienstoffizier (Abwehr: Sabotage- u.
Subversion), 1940 Lehrstuhl u. 1941
Dekan Prag; **1945** FDP, Mitbegründ.
u. 1950 Ld.vorsitzd. BHE Bayern,
1951 Staatssekr. f. Flüchtlingswesen
Bayern, Bd.vors. Gesamtdt. Block/
BHE, 1953-61, 1963-65 MdB, 1953-

60 Bdvertrieb.min., 1956 CDU

▼ **Schaffstein**, Friedrich
(1905-2001) Jurist

1933 Lehrstuhl Leipzig – 1935 Kiel,
1937 **NSDAP**, Lt. Jugendstrafrecht
d. *Akad. f. Dt. Recht* München,
Hrsg., 1941 Inst.dir. u. Dekan Straß-
burg; **1954** Lehrstuhl Göttingen,
1959 Verfasser Lehrbuch *Jugend-*
strafrecht, Festschrift 1975

▼ **Schelsky**, Helmut (1912-1984)
Soziologe

1932 **SA**, 1937 **NSDAP**, 1930 Ass.
Bei Litt, Freyer, A. Gehlen. Königs-
berg, 1940/41 Budapest, 1942 Leip-
zig, 1943 a. o. Prof. Straßburg **1949**
Lehrstuhl u. Lt. Akad. f. Gemeinwirt-
schaft Hamburg, 1960 Lehrstuhl
Münster, Senator DFG

▼ **Schwidetzky**, Ilse (1907-1997)
Anthropologin

1939 Ass. bei Eickstedt in Breslau,
Rassenkunde; **1947** apl. Prof.
Mainz, 1961 Lehrstuhl u. Direktorin
des Anthropolog. Instituts, Autorin u.
Hrsg., mehrere Mitgliedschaften u.
Ehrenmitgliedsch. in wiss. Ges, Gut-
achterin d. DFG

▼ **Schwinge**, Erich (1903-1994),
Militärjurist

1936 Ordinarius Marburg – Dekan
1937-39, 1940 in Wien Ordinarius
sowie 1941 Staatsanwalt, danach
Militärrichter (an fast 20 Todesurtei-
len beteiligt), fährd. Militärstrafrecht-
ler d. NS-Diktatur; **1946** Lehrauftrag
und 1948 Ordinarius in Marburg,
1954/55 Rektor, Gutachter d. Vertei-
dig. in NS-Prozessen, FDP, prägte
langjährig Apologie d. faschist. Mili-
tärjustiz

▼ **Seraphim**, Peter-Heinz (1902-
1979) Ökonom

1919 **Freikorps** Baltikum, 1930
Volkskons. Vereinig., 1933 **NSDAP**
u. **SA**, 1937 PD Königsberg, 1938:
„D. Judentum i. Osteurop. Raum“,
Lt. d. Polen-Abt. Inst. f. Osteurop.
Wirtschaft Königsberg, 1939 Sach-
verstd. f. Juden Generalgouverne-
ment - 1941 Ukraine, 1940 a. o.
Prof. u. 1943 Lehrstuhl Greifswald,
1942 Lt. Außenstelle d. *Hohen*
Schule d. Inst. f. Erforsch. d. Ju-
denfrage Lwow; Nach **1945** Protekti-
on seitens R. Gehlen (später BND-
Chef), 1954 Studienlt. Ver-
waltgs.akad. Bochum, 1951 Mitgl.
Joh.-Gottfr.-Herder Forschungsrat
Marburg

▼ **Verschuier**, Otmar Frhr. Von
(1896-1969) 1928 KWI Anthropol.

1935 Dir. Inst. Erbbiologie u. Ras-
senhygiene Frankfurt a. M., Richter
am *Erbgesundheitsobergericht*,
1936 Beirat *Forschgs.abt. Judenfra-*
ge d. Reichsinst. f. Geschichte d.
neuen Deutschld., 1940 **NSDAP**,
März 1941 bei Eröffnung *Inst. z. Er-*
forsch. d. Judenfrage, 1942 Dir.
KWI f. Anthropol. Berlin, Gutachter
Reichssippenamt, 1943 Hon.-Prof.
Berlin, 1944 Wiss. Beirat d. Bevoll-
mächt. f. Sanitäts- u. Gesundheits-
wesen Karl Brandt **1949**
Gründgs.mitgl. *Mainzer Akad. d.*
Wiss. u. Lit. u. Vorsitzd. d. Komm.
Humanforschung, 1951-1965 Prof.
f. Genetik u. Lt. Inst. f. Humangene-
tik Münster – geförd. v. DFG, 1952
Vors. *Dt. Anthropol. Ges.*

▼ **Vialon**, Friedrich Karl
(1905-1990) Jurist

1933 **NSDAP** u. a. **NS**-Org., 1937
Reichsfinanzministerium, Mai 1942
Lt. d. Finanzabt. Reichskommissari-
at Ostland Riga (Vereinnahmung
jüd. Vermögens u. „Verwertung der
Judenarbeit“) **1950** Bd.finanzmin.
1958 Bd.kanzleramt, 1959 1961
Hon.-Prof. Saarbrücken

▼ **Wüst**, Walther (1901-1993)
Sprach- u. Kulturwiss.

1933 **NSDAP**, 1935 Ordinarius Mün-
chen, Gaureferent d. **NSLB**, 1935
SD u. kommissar. Dekan, 1937 **SS**-
Sturmabführer (1942 Oberführer)
sowie stellv. Präsident d. *Dt. Akade-*
mie, 1939 Kurator **SS-Ahnenerbe** –
1942 Amtschef i. Persönl. Stab
Reichsführer SS, 1941-45 Rektor
Univ. München, 1942 Mitgl. *Freun-*
deskreis Reichsführer SS, **1945** In-
ternierung Dachau bis 1948, entna-
zifiziert als „minderbelastet“, Prof. z.
Wv. München

Abkürzungen:

BHE – Bund d. Heimatvertriebenen u.
Entrechteten

DFG – Dt. Forschungsgemeinschaft,

Ges. - Gesellschaft,

HJ - Hitlerjugend,

HS – Hochschule,

KWI – Kaiser-Wilhelm-Institut,

MPI – Max-Planck-Institut,

PD – Privatdozent,

RuSHA – Rasse-u. Siedlungshauptamt,

RSHA – Reichssicherheitshauptamt,

z.W.v. - zur Wiederverwendung

Literatur:

Ernst **Klee**: Das Personenlexikon zum
Dritten Reich. Wer war was vor und nach
1945, Frankfurt a. M. 2003

Hermann **Weiß**: PERSONENLEXIKON
1933-1945, Wien 2003

Ludwig Elm, Jena April 2015



Wiederbewaffnung und Demokratenverfolgung in der Adenauerära

Ulrich Sander, Dortmund | Wegen Kritik eines Schülers an der Werbung eines Bundeswehrjugendoffiziers an Schulen wurde dem Betroffenen ein „verschärftes Verweis“ wegen einseitiger „linksorientierter Gesinnung“⁽¹⁾ zu teil. Der von der Pressestelle der Stadt Bamberg verbreitete Verweis wurde bundesweit in den Medien beachtet. So etwas wirkt nicht nur als kurios, sondern auch als abschreckend – und so war der Verweis wohl auch gemeint. Kommt wieder eine Welle von Sanktionen für Antimilitaristen auf die Jugend zu, - so wie in den Gründerjahren der BRD?



So fing alles an: Erste Bemühungen um Deutschlands Weiterverwendung als kriegführende antikommunistische Macht verzeichnen wir bereits vor Kriegsende.

Deutschland ‚Bollwerk‘ gegen Russland

Zwar war sich Thomas Mann am 20. März 1945 in seiner Rundfunkrede an das deutsche Volk so sicher:

„Am Rhein, lassen sie (die Naziführer) wissen, werden sie die Waffen niederlegen, wenn man sich mit ihnen verständigt, und alles, was ihnen an Kampfkraft bleibt, im Osten konzentrieren, um das ihnen so teure Europa vor dem ‚Bolschewismus‘ zu bewahren. Kurzum, ihre Hoffnung ist, die demokratischen Mächte zum Verrat an ihrem sozialistischen Verbündeten bereden zu können - einen Verrat, für dessen Infamie ihnen jedes Verständnis abgeht und der ihnen ganz natürlich scheint.

... Sie haben nie begriffen und begreifen noch heute nicht, dass es mit ihnen, den hundertfach vertragsbrüchigen Kanailen und Schindern der Christenheit, kein Verhandeln und keinen Frieden gibt, dass sie weltunmöglich sind und zu verschwinden haben.“⁽²⁾

Es erschien jedoch Thomas Mann sicherlich unmöglich, dass das eintritt, was am „15. April 1945 im US-Außenministerium“ beredet wurde, denn da tagte eine Expertengruppe,

mit dabei der spätere Außenminister John F. Dulles. Es wurde protokolliert: „Die Gruppe (der Besprechungsteilnehmer) beschloss (...) Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem ‚Bollwerk‘ gegen Russland gemacht werden.“⁽²³⁾

Winston Churchill wies bekanntlich schon vor dem 8. Mai 1945 seinen Oberkommandierenden in Deutschland an, die Deutschen unter Waffen und in Bereitschaft für den gemeinsamen Kampf gegen die Russen zu halten. So war es der deutschen Wehrmacht Anfang Mai 1945 unter der britischen Besatzungsmacht möglich, 14 meuternde junge Matrosen um den jungen Katholiken Heinrich Glasmacher (21) aus Neuss zu erschießen, die nicht mehr gen Osten ziehen wollten. Die Mörder stiegen später alle bei der Bundesmarine auf.

Massaker gegen die Opfer der Nazis und Gegner des Krieges

Auch viele deutsche Nazis hielten sich im Frühjahr 1945 bereit, gegen den Bolschewismus zusammen mit den Westalliierten zu kämpfen. Sie wussten, dass dabei die freigelassenen Häftlinge, KZler, Todesmarschierer und Zwangsarbeiter nur stören könnten, die sich den Faschisten in den Weg stellen würden oder ganz einfach im Weg waren. Dies und die panische Russenfurcht führte dazu, dass sich ganz gewöhnliche kleine Nazis noch in den letzten Kriegsmonaten an Massakern gegen die Opfer der Nazis und Gegner des Krieges beteiligten.

völkerrechtlich verbindliche Aussagen

Aber die Fortsetzung des Krieges war insgesamt weder der Mehrheit der internationalen noch der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Politik der Anti-Hitler-Koalition war nicht so einfach umzuwerfen. So kam es zum Potsdamer Abkommen und zum Urteil des Internationalen

Militärgerichtshofs von Nürnberg mit völkerrechtlich verbindlichen Aussagen gegen ein Wiederaufstehen des Militarismus und Nazismus in Deutschland.

Doch bereits 1948 formulierte der Stab des neu gegründeten Sicherheitsrates der USA als offizielle US-Politik: „Die Niederlage der Kräfte des von den Sowjets angeführten Weltkommunismus ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von vitaler Bedeutung.“⁽⁵⁾

In jener Zeit wurde der Terror- und Geheimdienst „Fremde Heere Ost“ als „Organisation Gehlen“ (benannt nach dem gleichnamigen Nazi-General) der US-Army dienstbar gemacht. Später, 1956, wurde daraus der Bundesnachrichtendienst BND der Bundesrepublik Deutschland. Die Kriegsverbrecher, die beim BND unterkamen, wurden nie bestraft.



Wurde mit 21 Jahren von Marinerichtern ermordet: Heinrich Glasmacher aus Neuss. Er wollte den Krieg nicht mehr mitmachen und sich an die Kapitulation halten.

Sozialisierungsartikeln sogar im Ahlener Parteiprogramm der CDU

Heinrich Hannover schrieb über jene Zeit: „In der Stunde Null des Jahres 1945, als sich die Deutschen in dem Ruf »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« einig zu sein schienen, war es unvorstellbar, dass sie sich noch einmal der Herrschaft des Großkapitals unterwerfen würden, dessen Verantwortlichkeit für den Krieg, die 50 Millionen Toten und die zerstörten Städte damals im öffentlichen Bewußtsein war, was sich in Sozialisierungsartikeln einiger Länderverfassungen und sogar im Ahlener Parteiprogramm der CDU niederschlug.

Aber die Entfernung des Naziperso- nals aus einflussreichen Stellen in Politik, Justiz und Wirtschaft blieb ebenso wie die Einsetzung überlebender Antifaschisten in Regie- rungsämter und Verwaltungsfunk- tionen nur Episode. Nur zu bald ent- deckten die nur oberflächlich entna- zifizierte Deutschen, dass es sich mit amerikanischer Kapitalunterstüt- zung ganz gut leben ließ und dass ihr aus Hitlers Tagen überkommener Antikommunismus durchaus die Sympathien der amerikanischen Be- satzungsmacht hatte.

Hitlers Wehrmachtsoffiziere und Generäle wurden wieder gebraucht

Ja, es stellte sich heraus, dass nicht nur die im Kampf gegen die ‚bolschewistische Gefahr‘ bewährten Ge- heimdienstler, sondern auch Hitlers Wehrmachtsoffiziere und Generäle wieder gebraucht wurden, um den Krieg gegen die Sowjetunion vorzu- bereiten.“⁽⁶⁾ Geschaffen wurde die Bonner Republik, die Spaltung Deutschlands wurde somit vom Westen vollzogen.“⁽⁷⁾ Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) reagierte panisch auf Bemühungen, das Pots- damer Abkommen wiederherzuste- len und etwa den sowjetischen Vor- schlägen von 1952 für Deutschlands Einheit, Neutralität und Friedenssta- tus zu folgen und den antimilitaristi- schen Regungen in der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Er entschied kategorisch: „Die Auf- gabe besteht nicht in Wiedervereini- gung sondern in Befreiung, Befrei- ung, das ist unsere Losung“⁽⁸⁾. Schon 1950 arbeitete Adenauer mit

Tricks und Betrug an der Wiederauf- rüstung.

So am 29. August 1950: In einem Geheimmemorandum Adenauers an den US-Hochkommissar McCloy fordert er die Aufstellung deutscher Militäreinheiten unter europäischem Kommando. Das Bekanntwerden dieses Memorandums löst eine Re- gierungskrise aus. Dr. Gustav Hei- nemann, Mitbegründer der CDU und Innenminister, tritt aus Protest zu- rück. Und so ging es weiter: 26. Mai 1952: Unterzeichnung des General- vertrages zwischen der deutschen Bundesrepublik, England, Frank- reich und der USA.

Aufnahme der Bundesrepu- blik in die NATO

Er vergrößert die Rechte der Bun- desrepublik, soll aber vor allem den Weg zum Abschluss eines Vertrages über die "Europäische Verteidi- gungsgemeinschaft" (EVG) öffnen.

Mehr als 6 Millionen Bürger beteiligen sich trotz Verbot und Verfolgung. Auf die Frage: Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Frie- densvertrages noch im Jahr 1951 antwor- teten 94,4% mit ja.

Der EVG-Vertrag sah die Aufstellung deutscher Divisionen unter europä- ischem Kommando vor; er wurde trotz großem Widerstand 1954 vom Bundestag ratifiziert, scheiterte aller- dings an der Mehrheit der französi- schen Nationalversammlung. So kommt es am 23. Oktober 1954 zur Unterzeichnung der Pariser Verträ- ge. Durch die Pariser Verträge er- folgt die Aufnahme der Bundesrepu- blik in die NATO. Zugleich bestätig- en die Vertragspartner das "Alleinvertretungsrecht der BRD", für Deutschland zu sprechen.

1956 wurde die allgemeine Wehr-



pflicht und damit die Bundeswehr eingeführt. Der Jahrgang 1937 – ab Juli – wurde zuerst einberufen. Der Versuch, auch den Jahrgang 1921 erneut einzuberufen, scheiterte an massiven Protesten einer „Ohne- mlich“-Bewegung.⁽⁹⁾

Dabei war im Grundgesetz vieles eindeutig im Sinne eines Konsenses der Alliierten von 1945/46 geregelt. Artikel 139 zum Beispiel bekräftigt noch heute das Verbot des Faschis- mus und das der nationalsozialisti- schen und militaristischen Propa- ganda.

Regierung Adenauer verbie- tet Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung

Aber sehr oft hob das Bundesverfas- sungsgericht die Eindeutigkeit des Grundgesetzes auf – in dieser wie in anderen Fragen. Volksbefragungen zur Rüstung und zu Atomwaffen wurden verboten. So am 13. März 1950: Der Stockholmer Appell zur Ächtung der Atom- waffen wird gestartet. Der ständige Ausschuss des Weltfriedenskongresses for- dert alle Menschen auf, durch ihre Unterschrift eine Ächtung aller Atomwaffen zu verlan-

gen. Den westdeutschen Delegierten wurde die Ausreise verweigert. Die Unterschriftensammlung wurde in der BRD verboten. Dann am 24. Ap- ril 1951: Die Regierung Adenauer verbietet die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilita- risierung. Dennoch ab Juni: Durch- führung der Volksbefragung trotz

Ulrich Sander

Journalist und freier Autor

- Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten.
- Zahlreiche Beiträge in Büchern und Zeitschriften, u.a. bei papy rossa
- „Mörderisches Finale“, NS- Verbrechen bei Kriegsende,
- „Macht im Hintergrund“, Militär und Politik in Deutschland.



Verbot. Die Volksabstimmung wird von einem überparteilich besetzten Hauptausschuss für die Volksbefragung organisiert. Mehr als 6 Millionen Bürger beteiligen sich trotz Verbot und Verfolgung. Auf die Frage: Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages noch im Jahr 1951 antworteten 94,4% mit ja.

Heute sind sogar Angriffskriege laut Karlsruhe erlaubt, - vom Grundgesetztext verboten und einst Hauptanklagepunkt von Potsdam und Nürnberg. Desgleichen die Propagierung von Angriffskriegen. Diese Uminterpretationen haben eine lange Vorgeschichte.

Am 12. März 2011 wurde das Verfassungsgerichtsgesetz 60 Jahre alt. Auf seiner Grundlage wurde im Herbst 1951 das Bundesverfassungsgericht geschaffen. Von 1949 bis 1951 galt allein das Grundgesetz, seitdem gilt es nur noch in der richterlichen Auslegung. Das war von der CDU-Bundesregierung so gewollt. Sie konnte damit dem antimilitaristischen Protest einen Riegel vorschieben, indem das Bundesverfassungsgericht z. B. die KPD verbieten sollte.

Über zehntausend Kommunisten und des Kommunismus verdächtige wurden wegen der Opposition zur Remilitarisierung ohne gültiges Gesetz verurteilt

Von 1951 bis 1964 enthielt das Bundesverfassungsgerichtsgesetz den offenkundig verfassungswidrigen Paragraphen 42, der besagte: „Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes oder gegen die im Vollzug der Entscheidung getroffenen Maßnahmen werden mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.“

Über zehntausend Kommunisten und des Kommunismus verdächtige wurden damals vor allem wegen der Opposition zur Remilitarisierung ohne gültiges Gesetz, nur aufgrund einer Gerichtsentscheidung, verurteilt: des KPD-Verbotsurteils. Diese illegalen, weil nicht auf gesetzlicher Grundlage erfolgten Verurteilungen, wurden nie aufgehoben. Die Betroffenen wurden nie rehabilitiert.

Manipulationsmacht der Massenmedien

In der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik wird der Koreakrieg als der auslösende Faktor für die Wiederbewaffnung hingestellt. Der Korea-Konflikt ab Juni 1950 bot den willkommenen Anlass, die Gefahr einer sowjetischen Aggression mit der ganzen Manipulationsmacht der Massenmedien in den schlimmsten Farben zu schildern. Es erschienen den Kriegsbefürwortern in Westdeutschland die Massenhysterie, aber auch offene Repressionsmaßnahmen gegen die Friedensbewegung notwendig. So konnte auch die sozialdemokratische Opposition in Deutschland abgewürgt werden.

Bereits sehr früh setzten sich hohe Militärs a.D. sowohl über Potsdam als auch über das Grundgesetz hinweg, das seit 1949 galt. Es war - wie wir am Beispiel des Artikels 139 sehen - ein antimilitaristisches Grundgesetz.

„... die Taten der Träger von Kriegsauszeichnungen nicht in Verbindung gebracht werden könnten mit den politischen Zielen, die das nationalsozialistische Regime mit dem Krieg verfolgt habe.“

Es fehlt der Wehrwille

Die Generäle a.D. jedoch formulierten: „Die Wehrkraft zur Ausfüllung der großen Lücke in der europäisch-atlantischen Verteidigung ist im deutschen Volke wohl vorhanden, doch fehlt in weiten Kreisen noch der Wehrwille. Das deutsche Volk hat sich zu den freiheitlichen Idealen des Westens bekannt, ist aber vielfach innerlich noch nicht bereit, dafür Opfer zu bringen.“

Durch die Diffamierung der letzten fünf Jahre auf vielen Gebieten menschlichen und staatlichen Seins ist der Behauptungswille und damit auch der Gedanke der Landesverteidigung systematisch untergraben worden.“ So steht es in der lange Zeit geheim gehaltenen Himmeroder Denkschrift, verfasst 1950 von einer Anzahl von Wehrmachtsobersten und -generälen ⁽¹⁰⁾ auf einer Tagung im Eifelkloster Himmerod.

Die Denkschrift enthielt auch die Forderungen: „Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland.“ Wörtlich wird verlangt: „Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten

Waffen-SS)“ ⁽¹¹⁾

Vater der Inneren Führung

Streit gab es in Himmerod und auch später immer wieder um die Innere Führung. „Das Deutsche Kontingent darf nicht ein ‚Staat im Staate‘ werden. Das Ganze wie der Einzelne haben aus innerer Überzeugung die demokratische Staats- und Lebensform zu bejahen.“

Solche Sätze wurden in die Denkschrift auf Drängen des Oberst a.D. Graf Wolf von Baudissin hineingeschrieben. Er wird später der „Vater der Inneren Führung“ genannt werden, der den preußisch-deutschen Militarismus verbannt habe. Etwas nüchterner ist daran zu erinnern: Baudissin war auch zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Himmeroder! Er sorgte fürs gute Verkaufen der Denkschriftforderungen. Er musste die Pläne zur Rüstung gegen den Osten und zur Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges - die Pläne für den Krieg - in der Öffentlichkeit „verkaufen“. Bedenken mussten zerstreut werden, denn 75 Prozent der Bevölkerung waren strikt gegen einen deutschen Wehrbeitrag.

Niederlage der SPD

Ja, die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, vor allem der Jugend, lehnte den Wehrbeitrag ab. Die Ohne-uns-Bewegung (1950 bis 1956) , die Paulskirchenbewegung von 1955 ⁽¹²⁾ und die Beschlüsse der Gewerkschaften ⁽¹³⁾ zeugten davon. Dennoch verhielten sich die Bundestagsparteien so, als müsse man um diese Menschen als Wähler nicht ringen, als müsse man allenfalls Repressionen gegen allzu beharrliche Kriegsgegner anwenden.

Die große Niederlage der SPD, die Adenauer ihr 1957 bei der Bundestagswahl zufügte, machten es ja scheinbar auch deutlich: Eine Antikriegsmehrheit wurde keine Bundestagsmehrheit. So kümmerte man sich um die Vertriebenen und die ehemaligen Soldaten, um sie als Wähler zu gewinnen. Der wehrunwilligen Jugend wurde hingegen mit dem restriktiven Kriegsdienstverweigerungsrecht viele Jahre lang eine hohe Hürde errichtet.

Ein Beispiel aus jener Zeit: Von 1945 bis 1955 galt in ganz Deutschland das alliierte Verbot des Tragens aller Kriegsauszeichnungen der bei-

den Weltkriege. In der Bundesrepublik musste es dann „mit Rücksicht auf den Aufbau der Bundeswehr einer Revision unterzogen werden,“ heißt es im Gesetzeskommentar zum Ordensgesetz. ⁽¹⁴⁾ Schon 1953 hatte sich die Bundesregierung von einem Sachverständigenausschuss, bestehend aus den wieder erstarken, höchst einflussreichen soldatischen Traditionsverbänden, Kriegsoffer- und Heimkehrerorganisationen, raten lassen, weitestgehend die Auszeichnungen der Weltkriege zuzulassen.

Allenfalls sollten die Hakenkreuze gestrichen werden. Die „Sachverständigen“ begründeten ihren Vorschlag mit der Geschichtslüge, „dass die Taten der Träger von Kriegsauszeichnungen nicht in Verbindung gebracht werden könnten mit den politischen Zielen, die das nationalsozialistische Regime mit dem Krieg verfolgt habe.“ Die Stellungnahme stand unter dem bezeichnenden, von keiner Regierung seit Mitte der fünfziger Jahre angezweifelten Motto „Kriegs- und Tapferkeitsauszeichnungen sind und bleiben ehrwürdig, die Taten ihrer Träger der Anerkennung wert“.

Orden der Nazis wurden – nach Entfernung der Hakenkreuze – neu hergestellt

Was die Sachverständigen forderten, das beschloss 1956 der Bundestag. Wie den Bundestagsprotokollen zu entnehmen war, herrschte Einmütigkeit – außer in der Frage, ob neben den Hakenkreuzen auch die Farben Schwarz-Weiß-Rot zu

weichen hätten. Die SPD forderte allen Ernstes, aber vergeblich, die Farben der BRD Schwarz-Rot-Gold den faschistischen und monarchistischen Orden hinzuzufügen, um sie somit zu „reinigen“. Die Orden der Nazis wurden – nach Entfernung der Hakenkreuze – neu hergestellt und auf Wunsch an „Berechtigte“ ausgegeben.

Delegitimierung der DDR-Orden

Im Jahr des Ordensgesetzes werden auch die ersten Wehrpflichtigen einberufen, die ab Juli 1937 geborenen. Sie treffen auf Vorgesetzte, die u.a. mit den alten Orden – und mit Geld – in die Bundeswehr geködert wurden. Übrigens: Mitte der 90er Jahre wurde ein neuer Kommentar zum Ordensgesetz fällig, mit dem die Durchführung des Gesetzes neu geregelt wurde. Während die Legitimierung der Naziorden beibehalten

gen Kommunistinnen und Kommunisten und andere Mitglieder der Friedensbewegung signalisierten Abschreckung, hinzu kamen 250.000 bis 500.000 Ermittlungsverfahren, Berufsverbote, Entlassungen aus den Betrieben.

Die Zeit der der Remilitarisierung hat die politische Kultur unseres Landes bis heute beschädigt. Das Ringen um Frieden mit dem Osten, um die Einheit Deutschlands unter blockfreien, neutralen Vorzeichen, der Antikapitalismus und die Ablehnung der Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse waren Straftatbestände, soweit diese Forderungen von Kommunisten und des Kommunismus Verdächtige – wie der Friedensrat und die Deutsch-Sowjetische Freundschaftsgesellschaft usw. - erhoben wurden. Die Urteile wurden begründet mit "Geheimbündelei", „Staatsgefährdung“, „Landesverrat“, „Rädelsführerschaft“ und „kommunistische Wühlätigkeit“. Zum Teil lange Haftstrafen wurden – so in den Fällen Jupp Angenfort, Karl Schabrod, Robert Steigerwald und Herbert Wils - ausgesprochen. Es gab keine Haftverschonung nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft, wenn die rund 10.000 politischen Häftlinge in den fünfziger und sechziger Jahren nicht ihrer Gesinnung abschworen.



Philipp Müller, ein FDJ-Mitglied, wurde bei einer Massendemonstration der Friedensbewegung in Essen im Mai 1952 von der Polizei rücklings – aber es war ja „Notwehr“ - erschossen.

Philipp Müller, ein FDJ-Mitglied, wurde bei einer Massendemonstration der Friedensbewegung in Essen im Mai 1952 von der Polizei rücklings – aber es war ja „Notwehr“ - erschossen. Schwerstkranke Häftlinge wurden in den Selbstmord getrieben oder starben wie der Bergmann Karl Jungmann nach unterlassener Hilfeleistung im Februar 1956 im Bochumer Gefängnis.

Wiederholt wurde festgestellt, dass man politische Häftlinge mit tuberkulösen Häftlingen zusammensperrete, um sie zu gefährden. Besonders widerwärtig wurde mit kommunistischen antifaschistischen Widerstandskämpfern umgegangen, die sich auch in der Zeit des Kalten Krieges für ihre Auffassungen einsetzten.

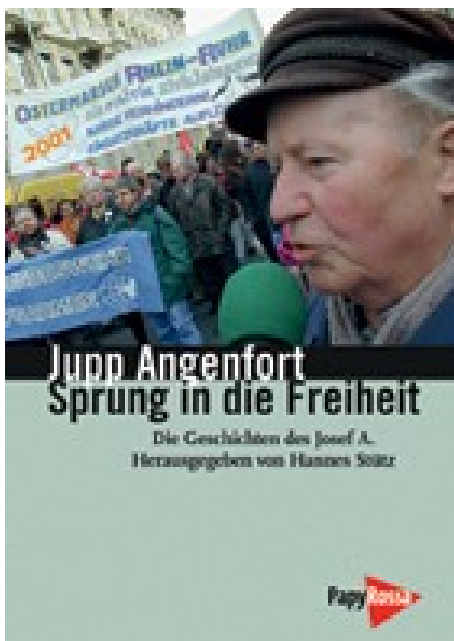
Ihnen wurde die Entschädigungsrente aberkannt, ja, sie wurden zur Rückzahlung der bereits erlangten Zahlungen gezwungen. Die schwerkranke Martha Hadinsky aus Mülheim, Häftling unter Hitler und unter Adenauer, nahm sich das Leben als

wurde, kam es zu Delegitimierung der DDR-Orden. Denn dies seien für Menschenrechtsverletzungen verlihen worden. ⁽¹⁵⁾

Die Änderung des Grundgesetzes zur Einführung von Wehrpflicht, Bewaffnung und NATO-Mitgliedschaft war das vordringliche Ziel der CDU/CSU in der ersten Hälfte der 1950er Jahre. In dieser Zeit ergab sich noch einmal ein Aufschwung der Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und Kommunisten, vieler Christen und Pazifisten in der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung. Dies war vor allem eine Aufgabe der jungen Generation. Die Jugendverbände Freie Deutsche Jugend, Die Falken, Naturfreundejugend, Jungsozialisten und Gewerkschaftsjugend kämpften in vorderster Reihe und oftmals gemeinsam.

Verbot von FDJ und KPD

Um die Bewegung zu zerschlagen, betrieb Konrad Adenauer das Verbot von FDJ und KPD. Beide Verbote setzte er durch. Die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung wurde dadurch entscheidend geschwächt. Rund 10.000 politische Urteile ge-





sie 1963 die Rückzahlungsforderung in Händen hielt.

Kampf dem Atomtod

Im März des Jahres 1957 wurde gemeldet: Auf westdeutschem Boden lagern bereits seit zwei Jahren Atomwaffen – das gaben die in Westdeutschland stationierten US-Truppen erstmals zu. Eine Protestbewegung unter dem Titel „Kampf dem Atomtod“ bildete sich, zunächst unter Führung der SPD.

Sie richtete sich vor allem gegen den Plan der CDU/CSU, eigene Atomwaffen für die Bundeswehr zu erlangen. Doch die Westalliierten wollten die Massenvernichtungsmittel unter ihrer Regie behalten. Sie gaben der Bundeswehr atomare Landminen, nukleare Artilleriegranaten und Luftabwehrsprengköpfe, ohne aber den Deutschen die Verfügungsgewalt über den Einsatz zuzugestehen⁽¹⁶⁾.

Damit wurde die Atomrüstung nicht weniger gefährlich, doch der SPD genügte es.

Konsens in der Friedensbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, bei Kommunisten und Sozialdemokraten war bis 1960 die Ablehnung der Wiederbewaffnung und Wehrpflicht – und vor allem der Atomrüstung.

Allerdings hatte schon 1956 die SPD durch Zustimmung zur Grundgesetzänderung den Weg zur Wiederbewaffnung freigemacht.

Deutschlandplan der SPD

Am 30. Juni 1960 hielt der stellvertretende Vorsitzende der SPD Herbert Wehner dann seine verhängnisvolle Rede im Bundestag, um die Sozialdemokratie vollkommen auf die NATO-Linie, die Hochrüstung, die Bundeswehr einzuschwören und sich als „regierungsfähig“ anzubieten.⁽¹⁷⁾ Er nahm den erst ein Jahr zuvor bekanntgegebenen Deutschlandplan⁽¹⁸⁾ der SPD zurück, der ein Mitteleuropa des Friedens und der Entspannung, ohne Militärblöcke und Kernwaffen vorsah.

Nun kam das strikte Bekenntnis der SPD zur NATO. Wir wissen heute, dass ein solches Bekenntnis die Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung ist. Das galt damals für die SPD und später auch für die Grünen. Und es gilt heute auch für

die Partei Die Linke.

Ein weiteres Beispiel, ein eigenes Erlebnis: Von 1958 bis 1960 durchlief ich eine kaufmännische Ausbildung bei der SPD-Tageszeitung „Hamburger Echo“, die es heute nicht mehr gibt. Im ersten Lehrjahr wurde ich von Chefs und Kollegen aufgefordert, mit zur großen Antiatomkundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt zu kommen, und ich reihte mich gern bei den 150.000 ein.

Nachdem ich ab 1960 Mitglied der Leitung der deutschen Ostermärsche wurde und die SPD-Führung auf NATO-Kurs gegangen war, da wehte ein anderer Wind. Die SPD-Betriebsgruppe verlangte meine Entlassung aus dem Betrieb. Allerdings vergeblich.

Nicht erfolglos waren die Bemühun-

ausgeschlossen wurden.

erster deutscher Ostermarsch

Mit dem Umschwenken der SPD und dem Verbot der KPD wurde die Friedensbewegung zwangsläufig, aber auch z.T. erwünscht, parteiunabhängiger. Sie hatte keine Vertretung mehr im Bundestag. Ein historisches Dokument ist der Aufruf zum ersten deutschen Ostermarsch.

„Schon einmal hat man dem deutschen Volk den Vorwurf gemacht, geschwiegen zu haben, wo mutige Worte und Taten notwendig waren. In den Konzentrationslagern – wie Bergen-Belsen – kamen Millionen Menschen ums Leben. Bei Fortsetzung der Versuchsexplosionen und der atomaren Aufrüstung aber drohen der gesamten Menschheit Vernichtung.“

Durchbruch an oppositioneller Medienarbeit

So historisch verantwortungsvoll formuliert begann der Aufruf zum ersten deutschen Ostermarsch der Atomwaffengegner, der 1960 von Hamburg zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne (unweit von Bergen-Belsen) führte. Ich gehörte zu den Organisatoren, die dann auch halfen, die Ostermärsche im ganzen Land vorzubereiten. Das geschah auch dadurch, dass wir die Pressearbeit übernahmen und mittels eines alten Fernschreibers, den Arno Klönne besorgte, die Medien mit Ostermarschmeldungen versorgten. Es gelang ein Durchbruch an oppositioneller Medienarbeit.⁽¹⁹⁾

Hat es sich unser Kampf gelohnt? Die Kanzlerin Angela Merkel führte zum Lobe des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts aus, sie sei zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, „dass wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben“, denn: „Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der NATO-Doppelbeschluß, das Festhalten an der Ein-

Angela Merkel:

„Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der NATO-Doppelbeschluß, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.“

gen des Wehner-Flügels nunmehr die Repression gegen die Kriegsgegner, bisher eine Spezialität der Adenauer-CDU, in die Hand zu nehmen.

Hauptamtliche Kriegsgegner wurden aus Funktionen entlassen, ehrenamtliche mit Parteiordnungsverfahren überzogen, wenn sie an der Friedensbewegung festhielten. Besonders die Jugendorganisationen Juso und Falken erlitten einen Aderlass; der frühere Atomkriegsgegner und bis 1962 Ostermarschierer Horst Zeidler (Dortmund, Falken-Bundesvorsitzender) tat sich besonders hervor. Unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt kam es dann seitens der SPD zur Vorreiterrolle bei den Berufsverboten, auch gegen Antimilitaristen. Die SPD-Verteidigungsminister der SPD-FDP-Koalition waren ganz vorn dabei, wenn uniformierte Antimilitaristen, die an Ostermärschen und anderen Friedensaktionen teilnahmen, arrestiert und aus der Bundeswehr

heit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.“⁽²⁰⁾

Merkels Äußerung macht ihr zynisches Verhältnis zur Meinung der Bevölkerung deutlich. Demokratie? Keine Spur. Solchen Politikerinnen und Politikern geht es nur darum, die Macht zu erringen und mit List und Täuschung ihre Politik durchzusetzen.

Und daher ist die Opposition unerlässlich. Keine wirkliche Veränderung im Lande ergab sich ohne Kampf – und zwar nicht nur im Parlament. Neben den bestehenden Bewegungen muss auch die Friedensbewegung wieder einen Aufschwung erleben.

Diesen gilt es gegen alle Widerstände durchzusetzen – allerdings müssen auch die objektiven Bedingungen erfüllt sein -, Widerstände, die sich heute weniger in Repressionen zeigen, wenngleich das Bamberger Beispiel ⁽²¹⁾ beunruhigend ist – wenngleich der Verweis nach Protesten der VVN-BdA zurückgenommen werden musste.

Widerstände gegen die Friedensbewegung und Kampagnen für deutsche Kriegsbeteiligung äußern sich derzeit in einer fast gleichgerichteten Mediendarstellung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Bedeutende Schritte zur Hochrüstung, wie die Schaffung des Luftkampfzentrums der NATO in Kalkar/Uedem, von wo der Krieg im Osten gesteuert werden soll, kommen in der Berichterstattung nicht vor.

Fazit: Das Umschwenken von der

Anthitlerkoalition zum neuen Feldzug gegen den Osten deutete sich schon vor dem 8. Mai 1945 an. Die Nazis schalteten mögliche künftige Kriegsgegner noch in der Kriegsendphase durch Massenmord aus.

Berufsverbote

Schon vor der Gründung der BRD wurden von den USA Vorkehrungen getroffen, die Experten aus der Wehrmacht und SS wieder für den Kampf gegen den Kommunismus einzusetzen. Die Regierung Adenauer setzte alles daran, die Kriegsgegner auszuschalten und die Bundeswehr aufzubauen. Antimilitaristen wurden verfolgt, 1958 auch mit Hilfe der SPD. Die FDJ und KPD wurden in den 50er Jahren vor allem deshalb verboten, um Kriegsgegner zu kriminalisieren; später taten die Berufsverbote das übrige.

Derzeit werden Propagandaoffensiven zur Militarisierung besonders der Jugend gestartet. Wer sich nicht fügen will, bekommt Druck. Die Wehrpflicht ist zwar abgeschafft, aber ein Druck bleibt: Die Bundeswehr bietet Ausbildungsplätze an; wer nicht zugreift bleibt auf der Strecke mit dauerhafter Hartz-4-Perspektive.

Drei Nachbemerkungen:

1. In meinem Beitrag fehlt die seit den Notstandsgesetzen 1968 latent vorhandene und gegenwärtig im Ausbau befindliche Funktion der Repression der Friedensbewegung und der Gewerkschaften durch die Bundeswehr im Innern. Dazu habe ich in „Hintergrund“ ausführlich berichtet. Überschrift: Eine fast geheime Armee.⁽²²⁾ Die Bedrohungen des Streikrechts durch den „Heimatschutz“, die Vorbereitung hundert-

tausender Reservisten auf den Kampf im Innern – sie wurden von der Bundesregierung eingeräumt.⁽²³⁾

2. Ich stehe nach wie vor in Bayerischen VS-Veröffentlichungen wegen meines antikapitalistischen und antimilitaristischen Engagements. Obgleich das Grundgesetz Meinungsfreiheit für Antimilitaristen vorsieht und der Antikapitalismus ebenfalls nicht durch das Grundgesetz untersagt wird – zur Wirtschaftsordnung macht die Verfassung keine Aussagen – werde ich als Verfassungsfeind dargestellt und die VVN-BdA gleich mit, deren Bundessprecher ich bin. Das führt dazu, dass die bayerische VVN-BdA nicht mehr als förderungswürdig und steuerbefreit gilt, und zwar in Bayern ohnehin und im Bundesgebiet kann sich jedes Land auf den Eintrag im bayerischen Verfassungsschutzbericht berufen und gegen die VVN-BdA vorgehen.

3. Doris Pumphrey führte in einem Referat des Berliner Marx-Engels-Zentrums zu den Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung aus: „Die Kampagne gegen die Mahnwachen erinnert in ihrer Art sehr an den ‚geheimen Krieg‘, den das FBI unter der Bezeichnung Cointelpro gegen die Opposition in den USA geführt hatte.“ Schön und gut, aber Doris sollte lieber schreiben: „Die Kampagne gegen die Friedensbewegung mit Hilfe der Mahnwachen erinnert in ihrer Art sehr an den ‚geheimen Krieg‘, den das FBI unter der Bezeichnung Cointelpro gegen die Opposition in den USA geführt hatte.“ Doch Doris geht noch einen Schritt weiter:

„Auch wenn die Anfänge der Montagsmahnwachen und die Beteiligung von Rechten und obskuren Leuten Skepsis auslösen musste, ist die Heftigkeit und die unehrliche Art und Weise der Kampagne gegen sie – die von Teilen der ‚alten‘ Friedensbewegung unisono mit den Kriegshetzern in den Medien geführt wird – erschreckend. Das hat auch Züge einer Hexenjagd à la McCarthy.“⁽²⁴⁾

Das ist nun wirklich heftig: Doris erkennt die Berechtigung „der Skepsis“ an, verurteilt aber die „Heftigkeit“ von Teilen der „alten“ Friedensbewegung „unisono mit den Kriegshetzern in den Medien“. Doris spricht sogar von einem McCarthyismus der „alten“ Friedensbewegung. Es ist also die Friedensbewegung selbst, die repressiv ist gegenüber sich selbst. Wohin soll das führen?





1. Bamberger Linke in www.wiesentbote.de und www.spiegel-online.de am 7. März 2012
2. Aus einer Rundfunkrede von Thomas Mann, aufgenommen in den USA, vom Londoner Rundfunk (BBC) gesendet am 20. März 1945. - Quelle: Thomas Mann: »Deutsche Hörer! Fünfundzwanzig Radiosendungen nach Deutschland«, Leipzig 1970, S. 140 ff.
3. „Geschichte der Bundesrepublik – Beiträge“, Pahl Rugenstein Köln 1979 (von Albrecht, Huffs Schmidt, Deppe u.a.), S. 316 FN 3
4. Siehe dazu Sander „Mörderisches Finale – NS-Verbrechen bei Kriegsende“, (Massenmorde der Nazis in der letzten Phase des 2. Weltkrieges) 2008 Köln, 192 Seiten
5. Zitiert nach „Geschichte...“, S. 317 FN 9
6. Ossietzky, Nr. 22/2004, siehe auch Weissbuch der VVN „In Sachen Demokratie“ (Redaktion und Einleitung der Neuherausgabe 2004), Erstauflage 1960,
7. Rudolf Augstein stellte zwölf Jahre nach der Republikgründung fest: „Die neue

deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen - mag diese Ratio den Paten im In- und Ausland auch nicht voll bewusst gewesen sein.“ (Rudolf Augstein in „Bilanz der Bundesrepublik“, Köln 1961)

8. Siehe „Geschichte...“, S. 217 FN 103-105
9. Siehe „Dichtung und Wahrheit“ von Juck/Dick/Vermöhlen/Sander vom Februar 2010, unter „Broschüren“ auf www.nrw.vvn-bda.de
10. Die Denkschrift trug den Titel: „Denkschrift über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“. Siehe auch Sander „Die Macht im Hintergrund – Militär und Politik in Deutschland“, Köln 2004, Seite 57
11. Siehe „Geschichte...“, Seite 335/336. Ferner Sander „Macht im Hintergrund“, Köln, 2004, Seite 59
12. 29. Januar 1955: Paulskirchenbewegung gegen die Pariser Verträge. Mit einem

„Deutschen Manifest“ wendet sich die Paulskirchenbewegung gegen die Wiederaufrüstung. Zu den Initiatoren gehören unter anderen Gustav Heinemann, Renate Riemeck und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer. 27. Februar 1955: Der Bundestag ratifiziert mit den Stimmen der Regierungsparteien die Pariser Verträge.

13. 6. Januar 1951: Der DGB-Vorstand beschließt "jedwede Remilitarisierung in Deutschland abzulehnen." 4. Oktober 1951: Der zweite DGB-Kongress wendet sich erneut gegen die Remilitarisierung, die die internationale Entspannung und die Möglichkeit der Wiedervereinigung ernsthaft gefährde. 4. bis 9. Oktober 1954: Der 3. ordentliche DGB-Kongress unterstreicht die Ablehnung jeglichen Wehrbeitrags durch die Gewerkschaften.
14. siehe Ordnungsgesetz vom 26. Juli 1957, auch bei Wikipedia. Siehe auch Sander „Szenen einer Nähe – Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr“, Bonn 1998, Seite 33
15. DDR-Orden und DDR-Ehrenzeichen zu tragen wurde allen Uniformierten im vereinten Deutschland verboten. Die DDR-Zeichen wurden „in militärischen Anlagen“ untersagt, zumal wenn sie für Taten verliehen wurden, „die aus hiesiger Sicht eine Menschenrechtsverletzung darstellen“. Diese „hiesige Sicht“ bedeutet: Es wurde das Bandenkampfabzeichen, das Hitler und Himmler den Massenmördern verliehen hatte, weiter geschützt, die DDR-Medaille für den Kämpfer gegen den Faschismus wurde geächtet.
16. In den Medien ließen die USA tröstliche Meldungen verbreiten wie „McNamara: Ein Atomkrieg würde nur ein paar Dutzend ‚Megatote‘ kosten“. McNamara war damals der US-Verteidigungsminister. Das Hamburger Echo vom 28. November 1962, das die Meldung dreispaltig verbreitete, rechnete vor: Ein Megatoter bedeutet eine Million Tote.
17. Siehe Hamburger Echo vom 5. Juli 1960
18. Wortlaut in Hamburger Echo vom 19. März. 1959
19. Dass sich die veröffentlichte Meinung der Friedensbewegung zuwendet, ist mit entscheidend für ihren Erfolg. Anfang der 80er Jahre in der Mittelstreckenraketen-debatte gelang es, die Mehrheit in der öffentlichen Meinung zur Mehrheit auch in der veröffentlichten Meinung zu machen. Heute haben wir z.B. in Sachen Afghanistan wieder eine Mehrheitsmeinung, aber sie setzt sich nicht durch, die veröffentlichte Meinung ist entscheidend.
20. Rede zur Vorstellung des „Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie ‚Die Berliner Republik‘“, 2010
21. Siehe Fußnote 1
22. <http://www.hintergrund.de/20091026520/politik/inland/eine-fast-geheim-armee.html>
23. Siehe Ossietzky Nr. 1/2011 „Streikbruch als Militäraufgabe“. Wortlaut siehe Kasten.
24. <http://www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/streit-in-der-friedensbewegung-wie-breit-darf-sie-sein/> Marx Engels Zentrum Berlin 26.3.2015



**Liberators
Befreier**

70th Anniversary of the Liberation from Fascism

70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Liberated by US-forces | Befreit durch US-Truppen:

October 21st, 1944: Aachen
March 8th, 1945: Cologne
March 29th, 1945: Frankfurt | Main
April 13th, 1945: Erfurt
April 30th, 1945: Munich

and many others | und viele mehr...



Der Umgang der BRD mit Widerstandskämpfern und heutigen Antifaschisten - am Beispiel einer Familie.

Silvia Gingold, Kassel | Ich möchte am Beispiel meiner Familiengeschichte berichten, was Verfolgte und Widerstandskämpfer gegen das Naziregime im Nachkriegsdeutschland erleben mussten und was die in ihrer Tradition stehenden Nachkommen bis heute erleben müssen. Ich beginne mit der aktuellen Auseinandersetzung, die ich seit 2012 mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Hessen führe.



Vor 3 Jahren fragte ich beim Landesamt für Verfassungsschutz Hessen an, welche Daten dort über mich gespeichert sind. Ich bekam die Auskunft, dass ich seit dem Jahr 2009 im Bereich „Linksextremismus“ gespeichert sei, etwaige zeitlich früher entstandene Daten nicht vorhanden seien.

Es wurde angeführt, dass ich auf einer von der Anti-Nazi-Koordination organisierten Demonstration in Frankfurt/M eine Rede zum Thema „40 Jahre Berufsverbote in der BRD“ gehalten, außerdem mit einem „Funktionär der VVN“ während einer Lesereise durch Bayern aus den Erinnerungen meines Vaters Peter Gingold gelesen habe.

Meiner Forderung nach vollständiger Auskunftserteilung, könne man nicht entsprechen, so der VS:

„Im konkreten Fall hat eine weitergehende Begründung zu unterbleiben, da die Mitteilung Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand in dem Beobachtungsfeld insgesamt ermöglichen würde. Bei Offenlegung der Daten wäre zu befürchten, dass die weitere Beobachtung erheblich erschwert, in Teilbereichen sogar unmöglich gemacht würde, weil sich die Betroffenen auf die Arbeitsweise, insbesondere die Art und Weise nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz einstellen dürfen.“

Nachdem ich Widerspruch und Klage gegen den Hessischen Verfas-

sungsschutz erhoben habe, wies dieser die Klage mit der Begründung zurück, dass

„...die Klägerin offen mit linksextremistischen Kräften zusammen arbeitet... die ein kommunistisch orientiertes Antifaschismusverständnis vertreten“ „Die ‚Antifaschismus-Arbeit‘ gehört seit jeher zu den Kernaktivitäten von Linksextremisten. Die Aktivitäten richten sich nur vordergründig auf die Bekämpfung rechts-extremistischer Bestrebungen. Ziel ist vielmehr der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als ‚kapitalistisches System‘, um die angeblich diesem Gesellschaftssystem immanenten Wurzeln des ‚Faschismus‘ zu beseitigen.“

Mir wird in dem Papier vorgeworfen, in einer Rede anlässlich des Berufsverbots von Michael Csaszkoczy anhand meiner eigenen Familiengeschichte eine Kontinuität zwischen der Gesinnungsverfolgung während der Nazizeit und der Bundesrepublik festgestellt zu haben. Ich hätte in dieser Rede davon gesprochen, dass höchste Institutionen im Nachkriegsdeutschland mit Kräften besetzt wurden, die schon den Nazis gedient und den faschistischen Terror mitgetragen hatten. Außerdem hätte ich in einer anderen Rede behauptet, dass staatliche Organe wie der Verfassungsschutz augenscheinlich überfordert sind, Naziterror zu verhindern.

Damit begründet und rechtfertigt der VS meine Einordnung und Beobachtung im Bereich „Linksextremismus“.

Dabei entspricht es den Tatsachen und ist mittlerweile in der Öffentlichkeit längst als allgemein bekannt, dass dieses Amt über ein Jahrzehnt offensichtlich nicht fähig – oder besser gesagt – nicht willens war, die kriminellen und mörderischen Aktivitäten von NSU und Neonazis zu erkennen, zu verfolgen und zu verhindern. Eine Aufklärung wurde und wird vernebelt, verfälscht, behindert, es werden Zeugen und Dokumente, Beweise beseitigt, um Verbindungs-

leute, die tief in diese Mordserie verwickelt sind, zu schützen und deren Aufdeckung zu verhindern.

Verfassungsschutz – von Nazis aufgebaut

Keinen Aufwand scheut man hingegen, Nazigegner zu observieren, ihre Handydaten millionenfach zu speichern, sie zu kriminalisieren und Strafverfolgungen auszusetzen, wie dies in z.B. in Dresden geschehen ist.

Das ist kaum verwunderlich, bedenkt man, dass dieser Verfassungsschutz maßgeblich aufgebaut wurde von früheren Mitarbeitern der NS-Geheimdienste, die bis in die 70er Jahre in führenden Positionen des VS tätig waren. Dieses Amt machte sich von Anfang an die Erfahrungen von früheren Mitarbeitern von SS, Gestapo und NS-Geheimdiensten zu eigen.

Es gab hochrangige Mitarbeiter die in den ersten Jahren unter falschem Namen im Bundesamt für Verfassungsschutz arbeiteten, weil sie fürchteten, wegen Kriegsverbrechen verfolgt zu werden. Kurt Klaus Lischka, ehemaliger SS-Obersturmbannführer, für die Deportation von 76.000 Juden aus Frankreich in die Konzentrationslager verantwortlich,

Silvia Gingold

Tochter der Widerstandskämpfer Ettie und Peter Gingold.

- 1975 wegen Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot
- 1976 unter starkem öffentlichen Druck wieder eingestellt
- heute im Kasseler Friedensforum und in der VVN-BdA aktiv.



war Mitarbeiter des Verfassungsschutz.

Der aus der Nazizeit hinübergerettete antikommunistische Geist prägte dieses Amt nachhaltig und wirkt bis heute nach.

Und nicht nur im Verfassungsschutz fanden sich seit den 50er Jahren wieder ehemalige Nazifunktionäre:

„Alles konnten sie hier werden“, schreibt mein Vater, „Dr. Hans Globke, der die juristischen Grundlagen und Kommentare zu den Nürnberger Rassegesetzen verfasst hatte, wurde unter Adenauer Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Die einstigen Nazis saßen in der Ministerialbürokratie, in den Führungsetagen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Justiz, der Hochschulen, der Medien, bauten das Militär und die Geheimdienste auf.“

Dominik Rigoll stellt in seinem Buch „Staatsschutz in Westdeutschland“ fest:

„Alles konnten sie hier werden“, „Dr. Hans Globke, der die juristischen Grundlagen und Kommentare zu den Nürnberger Rassegesetzen verfasst hatte, wurde unter Adenauer Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Die einstigen Nazis saßen in der Ministerialbürokratie, in den Führungsetagen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Justiz, der Hochschulen, der Medien, bauten das Militär und die Geheimdienste auf.“ (Peter Gingold)

„Speziell in Deutschland wurde... den Belasteten und Mitläufern signalisiert, dass die Treue, die sie dem Dritten Reich erwiesen hatten, sowohl aus der Sicht fast aller Bundestagsparteien als auch der westalliierten Regierungen kein dienstrechtliches Problem mehr darstellte...“ (S.90)

Als meine Eltern 1945 aus der Emigration nach Frankfurt/M zurückkehrten, wollten sie und mit ihnen viele überlebende Antifaschisten daran mitwirken, dass keiner mehr aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen diskriminiert und verfolgt werden dürfe. Ihre Hoffnungen hatten sich bald zerschlagen.

Zunächst waren es die „45er“, wie sie Dominik Rigoll in seinem Buch „Staatsschutz in Westdeutschland“ bezeichnet, also jene überlebenden NS-Verfolgte oder Widerstandskämpfer, die unmittelbar nach Kriegsende wegen ihrer politischen Verlässlichkeit in Spitzenpositionen gelangt waren. Ich nenne hier exemplarisch die Frankfurter Kommunis-

ten Emil Carlebach, Mitbegründer und Lizenzträger der Frankfurter Rundschau und Oskar Müller, der erste hessische Arbeitsminister nach Kriegsende.

Sie wurden nach und nach von den „49ern“ verdrängt. Das waren all jene Belasteten und Mitläufer des NS-Regimes, die es durch die von Adenauer forcierte Personalpolitik geschafft hatten, in Staat und Gesellschaft wieder verantwortliche Positionen einzunehmen.

Dazu Rigoll:

„Denn spätestens seitdem die Besatzungsbehörden am 30. August 1950 vom State Department angewiesen wurden, ‚in Zukunft nur noch Fälle exzessiver Renazifizierung zu untersuchen – und wenn überhaupt, dann in aller Stille‘, waren KPD und ihr Umfeld die einzigen verbleibenden politisch relevanten Kräfte, die mit Nachdruck jenen ‚inneren Frieden‘ störten, den sich Adenauer und McCloy für die NS-Bediensteten so

sehr wünschten.“ (S.78)

McCloy war hoher amerikanischer Kommissar der alliierten Siegermächte, bekannt für die endgültige Begnadigung der in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrecher und auch dafür, eine juristische Verfolgung von Kriegsverbrechern zu verhindern.

Im Zusammenhang mit der Renazifizierung fragt Rigoll:

„Kam keiner der an der Genese des Adenauererlasses beteiligten Akteure auf die Idee, dass auch in der fast ausnahmslosen Wiederverwendung einstiger NS-Funktionäre ein Risiko für den Bestand der jungen Demokratie liegen könnte?“ (S.10)

Aushöhlung des Grundgesetzes

Wie sehr die Demokratie gefährdet war, wurde deutlich in der Politik der Remilitarisierung der BRD, der Aushöhlung des Grundgesetzes durch die Notstandsgesetze, des KPD-Verbots und damit der Stigmatisie-

rung und Kriminalisierung des kommunistischen Umfelds sowie der demokratischen- und Friedensbewegung in den 50er Jahren.

Ich erinnere mich an die Hausdurchsuchung in unserer Wohnung am Tag des KPD-Verbots im August 1956. Zufällig waren meine Großeltern zu Besuch, die die Nazizeit in Frankreich überlebt hatten und dort geblieben waren. Empört sagten sie den Polizisten, die unsere Wohnung nach kommunistischen Materialien durchsuchten, dass sie so etwas auch schon 1933 erlebt hätten.

Nach dem KPD-Verbot wurden unsere deutschen Pässe eingezogen, wir wurden ausgebürgert und zu Staatenlosen erklärt. Irgendein Beamter muss wohl damals – vermutlich weil wir als engagierte Antifaschisten und Kommunisten unter Beobachtung standen - in unserer Familienakte geforscht und festgestellt haben, dass es nie ein Einbürgerungsverfahren gegeben hatte.

Mein Vater, zwar in Deutschland geboren, besaß jedoch vor der Emigration einen polnischen Pass, da seine Eltern aus Polen nach Deutschland eingewandert waren. Nun hatten wir als Staatenlose den Status von Ausländern, wurden nur geduldet und mussten jährlich unsere begrenzte Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen. Wir beantragten die deutsche Staatsangehörigkeit, die zunächst durch die hessischen Instanzen befürwortet wurde, bis der Antrag viele Jahre später bei dem damaligen Bundesinnenminister Genscher landete. Der lehnte unsere Einbürgerung mit der Begründung ab, als Kommunisten würden wir nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten, die gleiche Begründung mit der ich später Berufsverbot erhielt.

Holländische Freunde sandten uns Unterlagen über sieben Holländer zu, die als Freiwillige in der SS an Kriegsverbrechen teilgenommen hatten, in Holland zum Tode verurteilt, dann begnadigt worden waren und lebenslänglich im Zuchthaus von Breda einsaßen. Ende der 50er Jahre gelang ihnen die Flucht in die BRD. Als die holländische Regierung ihre Auslieferung forderte, erhielten die sieben Kriegsverbrecher unverzüglich die deutsche Staatsbürgerschaft.

Diese skandalösen Tatsachen stellen wir unserer Familiengeschichte

gegenüber und machten dies öffentlich. Mein Vater erklärte:

„Hätten meine Frau und ich damals mit der SS gekämpft, uns an Kriegsverbrechen beteiligt, wären wir würdig gewesen, Deutsche zu werden“.

Unter dem Druck einer empörten Öffentlichkeit wurden wir schließlich im Jahr 1974 wieder eingebürgert.

Dann kam mein Berufsverbot. Nach vierjähriger Tätigkeit als Lehrerin wurde ich 1975 aus dem hessischen Schuldienst entlassen.

Vorausgegangen war eine Anhörung beim Regierungspräsidium Kassel, in deren Verlauf mir seit meinem 17. Lebensjahr gesammelte „Erkenntnisse“ des hessischen Verfas-



sungsschutzes vorgelegt wurden, so u.a. die Teilnahme an einer Demonstration gegen den Krieg in Vietnam, an einer „Wissenschaftlichen Tagung“ der „Marxistischen Blätter“, an den Weltjugendfestspielen in Sofia, Flugblattverteilerin anlässlich des 12. Jahrestags des KPD-Verbotes... alle Aktivitäten mit genauer Zeit- und Ortsangabe dokumentiert.

Ich nenne sie exemplarisch für über 3,5 Millionen vom Verfassungsschutz angelegte Dossiers über Bewerber für den öffentlichen Dienst, die das ganze Ausmaß der Gesinnungsschnüffelei in erschreckender Weise verdeutlichen.

Hierzu stellte Prof. Dr. Abendroth auf der Internationalen Konferenz gegen die Berufsverbote in Darmstadt im Januar 1979 fest:

„Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein politisches Überwachungssystem, wie es in dieser Perfektion und in diesem Umfang in kei-

ner anderen bürgerlichen Demokratie besteht, noch nicht einmal in den Vereinigten Staaten, etwa in der Zeit des Kalten Krieges. Das Bundesverfassungsschutzamt kombiniert millionenfach Zählkarten und Akten über fast jedermann, der irgendwann einmal kritisch im politischen Leben aufgetaucht ist“.

Per Regelanfrage wurden 3,5 Millionen Menschen vom Verfassungsschutz überprüft, es kam zu 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen.

Grundlage für die Entlassung bzw. Nichteinstellung von Beschäftigten oder Bewerbern lieferte der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt vom 28. Januar 1972 – bekannt als „Extremistenbeschluss“ oder „Radikalenerlass“. Danach sollte ein Bewerber für den öffentlichen Dienst abgelehnt werden, der „verfassungsfeindliche Aktivitäten“ entwickelt oder „einer Organisation angehört, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt“ und somit „Zweifel begründet, ob er jederzeit für die freiheitliche und demokratische Grundordnung eintritt“.

Betroffen waren ausschließlich Linke: Lehrerinnen und Lehrer in Schule und Hochschule, Juristinnen und Juristen, Postbedienstete, Lokführer, Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitswesen. Es waren Mitglieder und Sympathisanten der DKP oder anderer marxistischer und sozialistischer Organisationen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Kriegsdienstverweigerer, Jungsozialisten.

Ihr „Vergehen“: Sie engagierten sich im Sinne des Grundgesetzes gegen Demokratie- und Sozialabbau, gegen Neonazismus und Krieg, und setzten sich für eine sozialistische Alternative ein. Genau dieses Engagement sollte mit dem Instrument des Radikalenerlasses eingedämmt und verhindert werden.

Tausende Bewerber für den öffentlichen Dienst wurden Verhören unterzogen und ausgefragt über ihre politischen Aktivitäten, ihre Einstellung zum Marxismus, zum Eigentum, zu den sozialistischen Ländern. Die

Schnüffelei ging bis zur Ausforschung privater Bereiche, beispielsweise, dass sie in einer „linken“ Kneipe verkehrten, in einer Wohngemeinschaft mit Kommunisten lebten oder Familienangehörige sich in kommunistischen Organisationen betätigten.

Mit der Verschärfung der ökonomischen Krise Anfang der 70er Jahre, dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung, verschärfen sich auch die sozialen Auseinandersetzungen: Streikbewegungen in Betrieben, Proteste gegen Sozialabbau nahmen zu, beflügelt durch die vorausgegangene 68er Protestbewegung, die gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen Demokratieabbau und das Wiedererstarken alter und neuer Nazis aufbegehrte.

Aber diese Rechnung der Regierenden ging nicht vollständig auf: Jeder einzelne Berufsverbotsfall löste eine Welle von Protesten und Solidarität mit den Betroffenen aus. Es bildeten sich regionale und das bundesweite Komitee gegen „Weg mit den Berufsverboten“, die die skandalösen Gesinnungsverfolgungen in die Öffentlichkeit trugen und die demokratischen Rechte für die Betroffenen einforderten.

„Le Berufsverbot“

„Le Berufsverbot“ fand in den 70er Jahren als nicht übersetzbare Vokabel Eingang in den Sprachschatz der französischen Medien und wurde in Frankreich zum Begriff für die antidemokratische Praxis in der Bundesrepublik Deutschland, auf die viele Franzosen mit Unverständnis reagierten.

Mein Berufsverbot jedoch erregte in Frankreich besonders große Empörung, da meine Eltern während der deutschen Besatzung an der Seite der Résistance zusammen mit Franzosen gegen die Nazis gekämpft hatten. Dafür wofür wurden sie von der französischen Regierung mit dem Befreiungsorden ausgezeichnet. Junge Deutsche, die in der antifaschistischen Tradition der Widerstandskämpfer standen, bekamen Berufsverbot wegen ihres Engagements gegen Neonazis, Rassismus und Krieg.

Urteile, die sie zu „Verfassungsfeinden“ stempelten, wurden teilwei-



se von Richtern verhängt, die schon im Dienste der Nazis gestanden hatten. All das löste in Frankreich heftige Proteste und große Beunruhigung aus.

Der französische Rechtsanwalt und Sprecher der französischen „Komitees für Meinungsfreiheit und gegen Berufsverbote“, Pierre Kaldor, der mich als einer der Anwälte vor dem hessischen Verwaltungsgerichtshof in meinem Prozess gegen das Land Hessen vertrat, betonte:

„Dies ist keine Einmischung in die Innenpolitik der Bundesrepublik, da die Berufsverbote als Angriff auf die Menschenrechte ein Hindernis für eine Politik der internationalen Entspannung darstellen...“

Er erklärte weiter:

„Bei der Résistance traf ich auch deutsche Antifaschisten, die gemein-

sam mit uns Franzosen unter Einsatz ihres Lebens gegen die Nazi-Okkupation kämpften. Diesen Deutschen fühle ich mich seither tief verpflichtet.“

(aus „Ein Bilderbuch über deutsche Zustände“, Pahl-Rugenstein-Verlag)

Auch für den französischen Publizisten Alfred Grosser waren die Berufsverbote ein Thema. Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche 1975 stellte er fest:

„Vielleicht bin ich zu sehr Franzose oder denke ich zu sehr an 1933, aber es scheint mir doch, als ob in der Bundesrepublik immer mehr von der Verteidigung der Grundordnung durch den Staat die Rede sei und immer weniger von der Verteidigung der Grundfreiheiten gegen den

Staat. (...) Aber wenn jeder Anwärter auf eine Stellung im öffentlichen Dienst auf Herz und Nieren geprüft werden soll, wenn er Fragebögen auszufüllen hat, wenn dem Gymnasiasten schon klar wird, was er zu unterlassen und was er brav zu sagen hat, um später keine Schwierigkeiten zu bekommen, so vermeidet man weniger Gefahren für die Grundordnung, als dass man junge Generationen zum Konformismus und zu einem gefährlichen Mitläufertum verleitet.“

Nicht nur aus Frankreich, auch aus vielen anderen europäischen Ländern hagelte es Kritik an den Berufsverbote. In den europäischen Nachbarländern war die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis, die Verfolgung der Hitlergegner und der Kommunisten noch äußerst präsent. In der Nazi-Propaganda waren Kommunisten die „Volksfeinde“, in der Kontinuität dieses Antikommunismus galten sie in der Bundesrepublik nun als die „Verfassungsfeinde“. In vielen europäischen Ländern waren Kommunisten, die im antifaschistischen Widerstandskampf standen, hingegen hoch angesehen.

Die Kritik aus dem europäischen Ausland, die Appelle der Schwesterparteien der SPD brachten die verantwortlichen Politiker in der BRD mehr und mehr in Bedrängnis. Sie trugen schließlich dazu bei, dass Willy Brandt 1976 die mit dem Ministerpräsidentenerlass eingeleitete Praxis, die der Demokratie mehr Schaden als Nutzen eingebracht habe, als „Irrtum“ eingestand.

Trotz dieses Eingeständnis, sich „geirrt“ zu haben, trotz der Verurteilung der Berufsverbotspraxis durch den Europäischen Gerichtshof im Jahr 1995 im Fall der Lehrerin Dorothea Vogt wurde bis heute weder öffentlich eingeräumt, dass diese Praxis Unrecht war, noch wurden die Betroffenen jemals rehabilitiert. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, fanden sich anlässlich des 40. Jahrestages der Verabschiedung dieses Ministerpräsidentenbeschlusses 2012 ehemals vom Berufsverbot Betroffene zu einer Initiative zusammen. Mit zahlreichen Aktivitäten erinnerten sie und tun es weiter an die Zeit der Berufsverbote. Durch ihre Initiative wurde z.B. erreicht,

dass die LINKE im Februar 2012 einen Antrag im Bundestag zur Rehabilitierung der Betroffenen ein-



www.dasjahr1945.de

**Libérateurs
Befreier**

70^e Anniversaire de la Libération du fascisme

**70. Jahrestag der Befreiung
vom Faschismus**

Des milliers de Français et Françaises
ont lutté dans la résistance contre la Wehrmacht
allemande.

Tausende Französinnen und Franzosen
kämpften in der Résistance gegen die deutsche
Wehrmacht.



reichte, den Wolfgang Gehrke begründete.

Erwartungsgemäß wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Helmut Brandt, Abgeordneter der CDU/CSU erklärte dazu : Ich zitiere ihn deshalb, weil seine Erklärung den Geist der Gesinnungsverfolgung der 70er Jahre atmet:

„Ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist angesichts der immer noch wärenden Gefahr des Links- und Rechts-extremismus nach wie vor erforderlich. ... Die Gewähr, jederzeit für die demokratische Grundordnung einzutreten, ist Teil der von der Verfassung geforderten Eignungsvoraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst; Diese Rechtslage bestand bereits zum Zeitpunkt des sogenannten Extremistenbeschlusses und gilt bis heute fort. Die Mitgliedschaft eines Beamten in einer Vereinigung, die Pläne zur Systemüberwindung hatte oder hat – Herr Gehrke, ich glaube, dass Sie einer solchen Partei zumindest angehört haben – und deren Schriften zur Systemüberwindung aufrufen bzw. aufrufen, ist mit dem Verhältnis eines Beamten zum Staat nicht vereinbar... Soweit ein Bewerber in der Vergangenheit nicht in den öffentlichen Dienst aufgenommen wurde, weil eine Abfrage beim Verfassungsschutz begründete Zweifel an der Verfassungstreue ergaben, ist dies mit den Grundrechten vereinbar und entschädigungslos hinzunehmen.“

So weit der Umgang der heute Regierenden mit den Berufsverbotsopfern der 70er Jahre.

Im Niedersächsischen Landtag hatte die Initiativegruppe mehr Erfolg. Sie konnte immerhin erreichen, dass ein von der Fraktion der SPD und der Grünen eingebrachter Antrag angenommen wurde, der die Einrichtung einer „Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverbot betroffenen Personen“ vorsieht. Auch im Hessischen Landtag beabsichtigt die Fraktion die LINKE einen entsprechenden Antrag zur Aufarbeitung der Berufsverbote einzubringen.

KPD-Verbot und „Radikalenerlass“ wirken bis in die Gegenwart.

Wer sich heute in Bayern für den öffentlichen Dienst bewirbt, muss in einer Liste von vorwiegend als links-extremistisch gehaltene Organisationen dokumentieren, ob er diesen angehört.

Mitglieder und Aktive der VVN werden überwacht, in Rheinland-Pfalz wurde der VVN die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Hingegen ist der Verfassungsschutz, sind die verantwortlichen Politiker offensichtlich nicht interessiert daran, Demonstrationen der rechten PEGIDA-Bewegung und ihre volksverhetzenden Parolen zu verbieten und deren neonazistisches Umfeld zu kontrollieren. Anstatt Anschläge

gegen Flüchtlingsunterkünfte, Angriffe gegen Ausländer, gegen jene, die sich für den Schutz der Flüchtlinge einsetzen, wie kürzlich in Töglitz geschehen, zu vereiteln, wird jetzt eine groß angelegte Vorratsdatenspeicherung realisiert, die jeden Bürger unter Generalverdacht stellt.

Vor 7 Jahren hielt ich eine Abschiedsrede in meiner Schule, in der ich dann doch immerhin nach meinem Berufsverbot noch 32 Jahre als Angestellte unterrichten durfte. Ich erinnerte an die Zeit der Berufsverbote. Die Resonanz darauf machte mir bewusst, dass die meisten jungen Kolleginnen und Kollegen zwar viel von Stasi aber nichts vom Ausmaß der Bespitzelungen und dem Klima der Angst und Einschüchterung der 70er Jahre in der BRD gehört haben.

Auch während der zahlreichen Lesungen aus den Erinnerungen meines Vaters mache ich immer wieder die Erfahrung, dass viele Zuhörer die Kontinuität der Gesinnungsverfolgung am Beispiel meiner Familie bewegt und empört.

Das Kapitel „Radikalenerlass“ ist nicht abgeschlossen. Die Forderung nach der Rehabilitierung der vom Berufsverbot Betroffenen ist gleichzeitig Bestandteil des aktuellen Kampfes gegen die Diffamierung und Kriminalisierung von Nazigegegnern, Blockupy- und Friedensaktivisten, Linken und Kommunisten.

antifa

MAGAZIN DER VVN-BDA
für antifaschistische Politik und Kultur

Abonnement

Die Zeitschrift »antifa« erscheint zweimonatlich.

Abonnement-Preise:

Normalabo: 15,- Euro

Familienabo: 21,- Euro (für Schüler, Lehrlinge und Studierende)

Solo-Abn: 30,- Euro

Die Versandkosten ins Ausland übernimmt der Abonnent.

Abonnement-Formular

Ihr Name (Pflichtfeld)

Ihr Vorname (Pflichtfeld)

Straße (Pflichtfeld)

Hausnummer (Pflichtfeld)

PLZ (Pflichtfeld)

Ort (Pflichtfeld)

Land

Ihre E-Mail-Adresse (Pflichtfeld)



Russlandbilder des deutschen Faschismus - auferstehend aus Ruinen?

Manfred Weißbecker | Sich mit der langen Geschichte deutscher Russlandbilder zu befassen und dabei insbesondere die des deutschen Faschismus in Erinnerung zu rufen - das gebietet der kritische Blick auf einige neue (nicht minder aber auch auf alte) Erscheinungen in den Krisen und Kriegen unserer Zeit sowie in der gegenwärtig betriebenen bundesdeutschen Außen- und Militärpolitik. Noch mehr scheint dies erforderlich zu sein, blickt man auf die sogenannte Erinnerungskultur der Bundesrepublik, deren Grundzüge sich auch im zwielfichtigen, teils auch erschreckend niveaulosen Umgang mit dem "Tag der Befreiung" und seiner 70. Wiederkehr offenbaren.



Wer nach dem Ende des Kalten Krieges hoffen oder gar glauben durfte, es könne eine neue Zeit des Friedens, der Kooperation und des Interessenausgleichs beginnen, sieht sich 25 Jahre danach eines anderen belehrt:

Die Welt stellt sich zusehends gewalttätiger dar, rechtspopulistische Stimmungen schwellen bedrohlich an, Kriege aller Art sind angezettelt worden und werden mit wachsender Beharrlichkeit geführt⁽¹⁾.

Russophobie

Vieles in den Auseinandersetzungen der Welt von heute rankt sich um den Platz, den Russland in ihr einnimmt oder einnehmen sollte. In die-

Manfred Weißbecker

Forschungsgebiete Widerstand und Parteiengeschichte.

- 1962 an der Friedrich-Schiller-Universität, Jena mit einer Arbeit über den antifaschistischen Widerstand der KPD in den Jahren 1933-35 zum Dr. phil. Promoviert
- Professor für Geschichte
- Habilitation zu den Auswirkungen der Oktober- und der Novemberrevolution auf das deutsche Parteiensystem in den Jahren 1917 bis 1923
- mehrfach aufgelegtes Standardwerk zur „Geschichte der NSDAP 1920-1945“.

sem Zusammenhang lässt sich ein ängstigend hohes Maß an wiederkehrender Russophobie⁽²⁾ feststellen, eingebettet in ein teilweise irrationale Züge annehmendes Putin-Dämonisieren sowie in cholerische Frontstellungen zu denjenigen, die sich als sogenannte Putin-Versteher diffamiert sehen⁽³⁾.

Das Rechtfertigen neuer Aufrüstung der Bundeswehr und deren vermehrt geforderten Einsätze in aller Welt, darunter auch in Osteuropa hat, unheilschwangere Ausmaße angenommen. In allen Konfliktlösungsversuchen, erst recht in deren medialer Darstellung spielen zunehmend historisch-politische sowie geostrategische Aspekte eine maßgebliche Rolle, die möglicherweise auch erklären helfen, weshalb es unübersehbar irritierende Übereinstimmungen in aktuellen Meinungsäußerungen von Rechtspopulisten, Neonazis und aus Kreisen der Linken zum Thema Russland gibt.

Russophobie Kontinuitätslinien

Das, was ich hier vortrage und debattiert wissen möchte⁽⁴⁾, zielt insbesondere darauf, das seit mehreren Jahrhunderten zu beobachtende Auf und Ab in der Parallelität von Russophobie und Russophilie zu erhehlen, ferner darauf, Wesen und Entwicklungen der nazistischen Russlandbilder zu kennzeichnen. Und nicht zuletzt möchte ich einige der in die Gegenwart reichenden russophoben Kontinuitätslinien beleuchten sowie deren stringente Abhängigkeit von jeweiligen politischen, ökonomischen, geostrategischen, kulturellen und propagandistischen Interessen.

Man könnte auch sagen:

Es geht um einen Blick auf die Wirkungsmöglichkeiten des sogenannten Zeitgeistes, der - nach Goethe - als „der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln“⁽⁵⁾, zu verstehen ist. Dies wird oft zitiert, weniger das Urteil des Weimarer

Geistesheroen, dass der Zeitgeist „sich der Menge bemächtigt“ und mit seinem Triumph so einen Rückzug entgegen gesetzten Denkens erreichen könne⁽⁶⁾.

Russischer Bär

Folgt man dem, so wäre also sowohl zu fragen, wann „triumphieren“ konnten, als auch zu erklären, wie sie sich der Menge zu „bemächtigen“ in der Lage gewesen waren bzw. heute noch sind. Zu Letzterem bietet sich eine der möglichen Antworten an, wird auf Schlagwörter und Redewendungen geschaut, die Kurt Pätzold und ich in unseren Publikationen doch wohl recht zutreffend auch als „Schlachtrufe“ bezeichnet haben⁽⁷⁾. Wer kennt nicht das Bild vom „russischen Bären“, in dem sich einerseits Anerkennung von kraftvoller Stärke paart mit einem nahezu liebevollen Hinweis auf das "Mütterchen Russland" und die „russische Seele“, das aber andererseits ebenso für x-beliebige Bedrohungsszenarien Angst und Furcht vor dem zähnefletschenden Untier zu bewirken vermag. Bekannt ist das auf asiatische Gefahren verweisende und im Grunde bereits rassistische Wort, dass, wenn man am Russen kratze, ein Tatar zu finden sei⁽⁸⁾.

Ähnliches kann auch von den herablassenden Redewendungen „barbarisches Russland“, „Koloss auf tönernen Füßen“ oder vom „Rätsel Russland“ gesagt werden. Und wer kennt nicht die fatalen Wirkungen, die sowohl im Dritten Reich als auch in der BRD das warnen sollende Wort von den Russen auslöste, die da „kommen“ würden.

Solche Merkmalsbestimmungen, besser: solche Klischees und Stereotype reichen weit in die Vergangenheit zurück. So las man vom starken Bären bereits in dem weit verbreiteten Reisebericht eines österreichischen Diplomaten, der Mitte des 16. Jahrhunderts erschien.

Hingegen wurden in einer Beschrei-

bung von Eigenschaften von Völkern, veröffentlicht 1710 in Wien, die Moskowiter mit Eseln verglichen und als boshaft, grob und grausam dargestellt; nur für die Türken - bekanntlich auf dem Balkan herrschend - hagelte es noch schlechtere Urteile⁽⁹⁾.

Tatsächlich existierten über viele Jahrhunderte hinweg sowohl russophobe als auch gegenteilige Bilder nebeneinander. Dennoch: Bis in das 19. Jahrhundert hinein überwogen Erscheinungen des Ideentransfer in Literatur, Musik, Malerei sowie eine gegenseitige Rezeption naturwissenschaftlicher und medizinischer Forschungsergebnisse.

Nebenbei, jedoch aufschlussreich: Diese Tatsache herauszustellen und sie in Erinnerung zu rufen war in Ost wie West ein vor allem in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts intensiv verfolgtes Anliegen mehrerer Autoren. So brachten die DDR-Historiker Eduard Winter und Günther Jarosch 1983 einen Band mit dem Titel „Wegbereiter der deutsch-slawischen Wechselseitigkeit“ heraus⁽¹⁰⁾. In der BRD bemühten sich Mechthild Keller, Heinrich Böll und andere gemeinsam mit Lew Kopelew um das Thema „West-östliche Spiegelungen“⁽¹¹⁾.

1980 sprach der Schriftsteller Leo Sievers von tausend Jahren gemeinsamer Geschichte, in denen sich Menschen aus beiden Völkern „immer wieder mit einer merkwürdigen Intensität zueinander hingezogen“ gefühlt hätten⁽¹²⁾. Es gelte, so lautete der letzte Satz in dem von Gerhard Simon 1987 herausgegebenen Buch „Weltmacht Sowjetunion“, „möglichst viele Fakten zusammenzutragen, bevor man sich zu einem Bild von der Sowjetunion entschließt, und stets den Fakten mehr zu trauen als unserem vorgefassten Bild“⁽¹³⁾.

Darin spiegeln sich die Zeiten, jene Zeiten also, in denen zumindest einigermaßen ernsthaft und nicht ohne Erfolg auf internationaler Ebene gerungen worden ist um friedliche Koexistenz und gegenseitige Abrüstung, um Annäherung und normale Beziehungen, um eine - wie es in dem auch daran scheiternden sozialistischen Lager hieß - „Koalition der Vernunft“⁽¹⁴⁾.

Eine ähnliche Welle von differenzierten, um Sachlichkeit und Verständnis bemühten Büchern, Tagungen und Ausstellungen gab es auch

nach den „Wende“-Jahren bis hinein in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Darin spiegeln sich Erwartungen, alte Feindbilder könnten neuen Hoffnungen weichen, wie Horst-Eberhard Richter es formulierte, oder die Forderung, eine „unerledigte Sache“ zu bewältigen und Frieden mit dem Osten anzustreben⁽¹⁵⁾. Zu erwähnen wären die Publikationen der Historiker Karl Schlögel⁽¹⁶⁾, Gerd Koenen⁽¹⁷⁾, Gregor Thum⁽¹⁸⁾ und anderer⁽¹⁹⁾, der Publizisten Peter Scholl-Latour⁽²⁰⁾ und Gabriele Krone-Schmalz⁽²¹⁾. In Leipzig fand eine große Tagung zum Zusammenwirken deutscher und russischer Naturforscher und Ärzte⁽²²⁾ statt, und das Bonner Haus für die Geschichte der BRD organisierte eine Ausstellung zum Thema „Deutsche und Russen in der Geschichte“⁽²³⁾.

Von alledem lässt sich gegenwärtig sehr viel weniger bemerken. Eher Gegenteiliges, Hasserfülltes und Verdammendes, auf jeden Fall Einseitiges⁽²⁴⁾. Eine Wende hat sich vollzogen, eine die sich durchaus vergleichen lässt mit der Tatsache, dass auch am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die lange Tradition des regen Austausches und Miteinanders auf geistig-kultureller und wissenschaftlicher Ebene vergessen, zumindest in den Hintergrund gedrängt und aus dem „Zeitgeist“ verbannt zu sein schien.

Alle Russophilie fiel im damaligen Deutschen Reich imperialistischen Bestrebungen und den Bestrebungen der Kriegswilligen zum Opfer. Der angestrebte „Platz an der Sonne“ ließ sich nur auf Kosten anderer erreichen, und der Spruch vom „deutschen Wesen“, an dem die



70-летие освобождения от фашизма

70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

27 января 1945 г.: Красная армия – 100-я 322-я стрелковая дивизия 106-го стрелкового корпуса 60-й армии 1-го Украинского фронта, 115-й стрелковый корпус 59-й армии 4-го Украинского фронта – освободит Освенцим.

27. Januar 1945: Die Rote Armee – 100. und 322. Division des 106. Schützenkorps der 60. Armee der 1. Ukrainischen Front und 115. Schützenkorps der 59. Armee der 4. Ukrainischen Front – befreit Auschwitz.



Welt genesen solle, ließ einen sich terroristisch und rassistisch färbenden Nationalismus erkennen, gerichtet insbesondere gegen Osten.

Dafür sei ein kleines, jedoch symbolträchtiges Beispiel benannt: Im ersten Jahr des Weltkrieges schuf ein deutscher Künstler eine Medaille, die den nackten Hindenburg mit erhobenem Schwert stehend über den darniederliegenden russischen Bären zeigt. Damit sah sich der Sieger in der Schlacht von Tannenberg und als „Befreier Ostpreußens“ glorifiziert, die Art der Darstellung ließ indessen auch den Willen zum Töten, zum Zerstören, zum Vernichten des russischen Bären, aber auch der anderen Konkurrenten erkennen. Auf millionenfach verbreiteten Ansichtskarten und Plakaten hieß es:

„Jeder Brit ein Tritt“ und „Jeder Stoß ein Franzos“, und nicht des Reimes wegen klang „Jeder Schuss ein Russ“ ausnehmend martialisch.

Im Blick darauf lassen sich Entwicklungstrends und Entfaltungslinien einer sich faschisierenden Russophobie erkennen⁽²⁵⁾. Als sich den Deutschen 1917/18 zudem Gelegenheit bot, in Brest-Litowsk dem besiegten und revolutionerschütterten Russland einen Frieden zu diktieren, machten sich unter deutschen Militärs und Politikern außerordentlich expansionistische und zugleich menschenfeindlich-unbarmherzige Herrschaftsgelüste breit.

Russland verlor durch diesen Friedensvertrag 26 % des damaligen europäischen Territoriums, 27 % des anbaufähigen Landes, 26 % des Eisenbahnnetzes, 33 % der Textil- und 73 % der Eisenindustrie sowie 73 % der Kohlegruben. Alle abzutretenden Gebiete, die faktisch als deutsche Satellitenstaaten geformt und beherrscht wurden, umfassten insgesamt 1,42 Millionen km², auf denen rund 60 Millionen Menschen, mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung des einstigen Russischen Reiches lebten⁽²⁶⁾.

Die Dimensionen des im März 1918 abgeschlossenen Vertrages reichen übrigens weit hinaus über die des wesentlich bekannteren Versailler Vertrages, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg aufgezwungen worden ist. Ludendorffs Pläne für das deutsche Friedensdiktat von 1917 umfassten sogar weit mehr als das schließlich Erreichte und zielten - vor Hitler also - auf ein deutsches Ostreich. Wäre sein Forderungska-

talog durchsetzbar gewesen, hätte dies nach dem Urteil des Ludendorff-Biografen Manfred Nibelin nichts anderes „als die Errichtung der deutschen Herrschaft über Osteuropa“ bedeutet⁽²⁷⁾.

Diese Ostpolitik jener Zeit offenbarte zudem noch anderes:

- ▼ Da wurde die sowjetrussische Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen mit der These unterlaufen, es sei kein Landraub, würden sich russische Gebiete „freiwillig“ dem Deutschen Reich anschließen⁽²⁸⁾.

Vorspiel zum Holocaust

Ob aus eigenem Antrieb oder unter Zwang - das Verhalten gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten, insbesondere gegenüber den Juden blieb gleich. Was von deutschen Truppen in den damals als „Ober-Ost“ bezeichneten Gebieten praktiziert worden ist - angestachelt auch durch antisemitische Äußerungen des deutschen Kaisers - gilt in vieler Hinsicht als ein „Vorspiel zum Holocaust“⁽²⁹⁾. Und ebenso entlarvend lautet die Begründung, mit denen ein Hindenburg 1917 die faktischen Annexionen rechtfertigte: Er sprach davon, sie seien notwendig, um „für den nächsten Krieg gegen Russland den Raum für die Bewegung des linken deutschen Flügels“ sichern zu können⁽³⁰⁾.

Das dieser Politik zugrunde liegende Russlandbild lässt sich nicht anders als präfaschistisch charakterisieren, in hohem Maße terroristisch und barbarisch-rassistisch. Daher verwundert es nicht, dass die NSDAP in den ersten Jahren ihrer Existenz den Vertrag von Brest-Litowsk als „vorbildlich“ kennzeichnete. Solche Argumentation entsprang der Auffassung, man müsse hauptsächlich gegen das Versailler Diktat der Westmächte vorgehen. Daher konnten sich in der NSDAP kurzzeitig sogar sogenannte national-bolschewistische Stimmungen Gehör verschaffen.

Es könne nicht oft genug betont werden, so tönte Joseph Goebbels Anfang 1926, dass „uns noch viel weniger mit dem westlichen Kapitalismus verbindet als mit dem östlichen Bolschewismus“. Russland sei „der uns von der Natur gegebene Bundesgenosse gegen die teuflische Versuchung und Korruption des Westens.“

Gregor Strasser hatte da schon eine Debatte zum Thema „Russland und wir“ eröffnet und für eine prorussische Einstellung seiner Partei die Parole ausgegeben:

„Das deutsche Mitteleuropa - im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!“

Man beachte: Vorläufig. Und es ging keineswegs nur um Mitteleuropa - denn so Goebbels im Originalton: „Ich bin Deutscher! Ich will, dass Deutschland die Welt ist.“ Wohlgemerkt, das wurde Mitte der 20er Jahre formuliert. Löst man in einem Gedankenexperiment alle Argumente jener Zeit von den Adjektiven kapitalistisch und kommunistisch, bleibt reinstes Großmachtbegehren und eine auf militärische Gewalt setzende Außenpolitik nach konkurrenzbestimmten und geostrategischen Prinzipien übrig ...

Verteufelung Russlands

Gerade dieses Groß- bzw. Weltmachtdenken, das wesentlich zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges beigetragen hatte und auch nach der Niederlage in großen Teilen der deutschen Eliten dominierte, führte bei den Nazis zu der fatalen Symbiose von „Lebensraum“-Gewinnungszielen und einer regelrechten Verteufelung Russlands. Das Bild von Russland, mit dessen Hilfe Hitler in dem langen Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ seines Kampfbuches die Eroberung von Land im Osten rechtfertigte, ging von russophoben Vorstellungen aus, denen sich politische und ideologische Sichtweisen zuordneten wenn nicht gar unterordneten.

Das von Hitler bereits in „Mein Kampf“ sowie am 3. Februar 1933 vor deutschen Generälen formulierte Ziel einer Eroberung und Kolonialisierung des Landes der Russen durch die Deutschen, prägte alle Russlandbilder des deutschen Faschismus, ebenso sein taktierendes und zeitweise friedensdemagogisches Verhalten gegenüber der als „jüdisch-bolschewistisch“ charakterisierten Sowjetunion.

Alfred Rosenberg, Chefideologe der Nazis, sprach von Russland als einer Apfelsine, die zu verspeisen nur gelänge, wenn sie in einzelne Teile zerlegt würde. Ohne bereits den „Plan Barbarossa“ im Auge zu haben, entfaltete sich frühzeitig das rassistisch-militante und antibolschewistische Russlandbild der Nazis als

ein den künftigen Eroberungs- und Vernichtungskurs vorbereitendes Feindbild. Diejenigen, die Hitler auf den Kanzlerstuhl hoben, taten dies in Kenntnis des Konzepts, nicht in verllorener Unschuld, wie seitdem Konservative immer wieder behaupten.

Nach dem 30. Januar 1933 standen zunächst realpolitische Belange über den ideologischen Prämissen der NSDAP, doch für die Indoktrination der Massen entstanden neue Instrumentarien. Da gab es die umfangreichen Aktivitäten des "Gesamtverbandes deutscher antikommunistischer Vereinigungen", der seit 1935 als „Antikomintern“ und nach außen als privat firmierte.

In Wirklichkeit unterstand er dem Goebbels-Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Die berüchtigten antibolschewistischen Parteitage von 1935, 1936 und 1937 wurden „gänzlich und allein mit dem Material der Antikomintern bestritten“, stellte deren Leiter Eberhard Taubert fest - dies allerdings erst nach 1945⁽³¹⁾.

Der antibolschewistische Propagandakrieg der 30er Jahre verknüpfte sich eng mit einer auf den Volkscharakter bezogenen russophoben Argumentation.

- ▼ Da wurde die These von einer „rassisch-völkischen Bedingtheit der bolschewistischen Revolution“ vertreten;
- ▼ da wurde behauptet, in Russland sei eine Vermischung von „nordisch bestimmtem Charakter“ und "mongolisch-asiatischen Instinkten" vor sich gegangen, wodurch das Wesen des Russentums geprägt worden sei;
- ▼ da wurde von einer "Bastardisierung" der charakterschwach gewordenen Russen gefaselt usw. usf.

Immer wieder tauchte auch das „Argument“ auf, die Russen seien dank ihres „Zerstörerinstinkts“ nicht zu staatenbildender Kraft in der Lage und lediglich bedeutsam geworden unter der Vorherrschaft von Normannen und Deutschen.

So absonderlich und abstrus dieser antibolschewistische Propagandakrieg auch gewesen sein mag, er drang tief in die Köpfe der meisten Deutschen ein. Der später geführte Vernichtungskrieg gegen Russland ist wohl vorstellbar als konsequente

Verwirklichung dieser von Aggressivität und nationalistisch-rassistischer Selbstüberhebung gekennzeichneten Feindbilder, die massenwirksam zu machen den Nazis gelungen ist⁽³²⁾.

Da störten auch nicht jene Verwirrungen und Dissonanzen, die es in Deutschland rund zwei Jahre nach dem 23. August 1939 gab. Von einem Tag zum anderen brach für Mitglieder und Anhänger der NSDAP zwar ein Weltbild zusammen, doch es wurde nicht durch ein anderes ersetzt.

Goebbels notierte tags darauf in sein Tagebuch, die Frage des Bolschewismus sei „im Augenblick von untergeordneter Bedeutung“, man sei in der Not und fresse „des Teufels Fliegen“. Rosenbergs Beamte mahnten im November 1939, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur „voreilig aus dem Buchhandel zurückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen“.

Der am 22. Juni 1941 begonnene Krieg erwies sich gleichsam als die Nagelprobe für das faschistische Russlandbild. Es sah sich unmittelbar fortgesetzt im berüchtigten „Generalplan Ost“⁽³³⁾ und mit Macht ausübungsfragen verknüpft. „Beute“-Pläne entstanden in großer Zahl, hatte doch Hitler am 16. Juli 1941 erklärt, es komme nun darauf an, den „riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“

Rosenberg, im November 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt, verwahrte sich gegen Vorstellungen, man führe einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus und wolle die Russen von diesem befreien. Nein, man sei angetreten, „um deutsche Weltpolitik zu treiben“ und werde „nicht mehr aus diesem Raum herausgehen“. Im Kampf gegen Russland, so erklärte Goebbels im Sommer 1942, handle es sich um einen „Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, [...] um Gummi, um Eisen und Erze“.

Stammtischniveau ausweisende Unmenschlichkeit

Das in den ersten Jahren des Krieges gegen die Sowjetunion verbreitete Russlandbild war ein in den schwärzesten Farben gemaltes. Es lag der großen Ausstellung "Sowjet-

paradies" zugrunde und ebenso den zahllos veröffentlichten Feldpostbriefen aus dem Osten. Die faschistisch-rassistische Deutung trat in den Vordergrund.

Das ging sogar so weit, dass der „Völkische Beobachter“ am 19. Juli 1941 verkündete, es gäbe keine "Russen im eigentlichen Sinne" mehr. Es sei mit dem "Sowjetmenschen" eine neue Rasse entstanden. Von Rosenberg stammt die Einschätzung, Deutschland „stehe die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der beritene Mongole und der motorisierte Untermensch“.

In einem Schulungsmaterial der NSDAP hieß es, der Osten sei ganz und gar ein "Nährboden und Ausfallstor des Untermenschentums". Dies schlug durch bis in jene Stammtischniveau ausweisende Unmenschlichkeit, die der Ausspruch eines Nazi-Kreisobmannes belegt:

„Ich sehe jedenfalls ein unterernährtes rachitisches Russenkind lieber als ein gut genährtes gesundes, vollbusiges Russenweib.“

Verlorene Schlacht um Stalingrad

Indessen dauerte der Krieg länger als geplant. Es gab Niederlagen,





Frontlinien mussten „begradigt“ werden, zunehmend fehlten der Rüstungsindustrie Arbeitskräfte. Den schlichten russlandpolitischen Negativ-Klischees stand spätestens seit der verlorenen Schlacht um Stalingrad die militärische Realität gegenüber. Darüber hinaus hatten viele Deutsche entgegen gesetzte Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und mit den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern gemacht. Die parteioffiziellen Darstellungen wurden an den Realitäten gemessen und in Frage gestellt. Angesichts dessen brach intern geführter Streit aus. Neue Konzepte wurden gesucht.

Zunächst sah sich jedoch alle Russophobie weiter gesteigert. So wollte Rosenberg das Russlandbild der NSDAP zwar neu bearbeitet sehen und „vollständiger“ machen, beließ es aber bei der Erklärung, die „Wildheit der Steppe“ trete in „neuer Form“ in Erscheinung. Festzustellen sei „ein pervertierter Neu-Messianismus des Ostens“ und ein „in Auswertung primitiver Heimatgefühle hochgezüchteter Fanatismus.“

Neben diesem strikten Beharren auf der totalen Ausplünderung der besetzten Gebiete und auf der Vernichtungspolitik gegenüber der russischen Bevölkerung wurde zugleich nach veränderten Sichtweisen gesucht. Denkschriften kursierten, deren Autoren die Frage aufwarfen, ob man die Russen nicht besser als „Helfer“ gewinnen sollte statt sie weiter als „Heloten“ zu behandeln.

Die einzelnen Antworten und Vorschläge lassen ein breites Spektrum erkennen. Innerhalb der Reichspropagandaleitung hieß es u.a., es dürfe nicht länger „von Sumpfmenschen, Barbaren, Bestien und Kolonialpolitik geredet werden“. Geplant war eine „Proklamation an die Ostvölker“. In ihr sollte verkündet werden, Deutschland würde sich für eine „Gleichberechtigung der Ostvölker in der europäischen Völkerfamilie“ einsetzen. Zu einer Veröffentlichung dieser Proklamation kam es nicht. Hitler bezeichnete die Russen in seiner Rede zum 10. Jahrestag seiner Erhebung zum Reichskanzler ganz im Stile der bislang geführten „Bestien“-Kampagne stattdessen als „Halbaffen auf Panzern“.

Zweifel am vorgegebenen Bild von den Russen

1943/44 häuften sich unter den

Deutschen Zweifel am vorgegebenen Bild von den Russen, wiedergegeben in den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS. Es sei gefragt worden:

Woher rühre die überraschende Tapferkeit und Zähigkeit der Russen, weshalb wiesen ihre Waffen so hohe Qualität auf, wieso zeigten sich in den Betrieben die „Ostarbeiter“ als intelligent und lernfähig usw.

Mit solchen der Realität geschuldeten Überlegungen sah sich Grundsätzliches der Nazi-Ideologie in Frage gestellt. Dies berücksichtigend wurde Abkehr von den bekannten Gleichsetzungen gesucht. Es sollte nicht mehr gesagt werden:

Russe gleich jüdischer Bolschewist, gleich Untermensch und Bestie.

An der faschistischen Propaganda änderte sich indessen kaum etwas, man suchte lediglich pragmatische Lösungen: So kam es nach langem Zögern und Hinhalten zur Formierung der Wlassow-Armee, in der antikommunistische und nationalistisch denkende sowjetische Kriegsgefangene an die Seite von Wehrmacht und SS traten.

Doch selbst in den kriegsbedingt als „nützlich“ betrachteten Kollaborateuren sahen viele nach wie vor nur die politisch, geistig und rassistisch minderwertigen „Heloten“.



Das Russlandbild der NSDAP stellt sich insgesamt dar als ein diffuses Gemenge aus bestimmenden Grundkonstanten und zahlreichen variabel einsetzbaren Bildelementen. Es handelte sich gleichsam um ein „Schüttelbild“, genauer:

um ein vielgestaltiges Zerrbild, das seine Erscheinungsformen je nach konkreter Situation und politischem Bedürfnis, je nach Adressat und innerparteilichem Kräfteverhältnis verändern konnte.

Es handelt sich um ein Feindbild-Konglomerat, um ein großmachtbessenes Mixtum compositum, das sich in erbarmungsloser Konsequenz gleichermaßen gegen „slawische Untermenschen“ und „asiatische Horden“ sowie gegen den „jüdischen Bolschewismus“ richtete.

Imperialistische Gier

Zum Kern nazistischer Zielstellungen und ihrer rassistisch-ideologischen Rechtfertigung gehörten in erster Linie eine maßlose, nur mit militärischen Mitteln durchzusetzende imperialistische Gier nach den Bodenschätzen und allen wirtschaftlichen Ressourcen des „Raumes im Osten“, gepaart sowohl mit dem Versuch einer „rücksichtslosen Germanisierung“ als auch mit jener Politik einer Völker-Vernichtung, die eine deutsche Vorherrschaft in Europa und darüber hinaus auch in der Welt ermöglichen und absichern sollte.

Jede Menschlichkeit negierender Rassismus

Der jede Menschlichkeit negierende Rassismus ging Hand in Hand mit der Bereitschaft, sowohl nach außen als auch nach innen antidemokratisch, antiparlamentarisch auch mit allen Mitteln von Terrorismus zu regieren. Sowohl die erzeugte Furcht vor den Russen als auch ein vor Überlegenheitsgefühlen strotzendes Selbstbild ließen im Dritten Reich allein die Worte „Russland“ oder „Russen“ als völlig negativ besetzt erscheinen.

Im nazistischen Russlandbild radikalisierten und bündelten sich alle in der Gesellschaft vorhandenen ideologischen Quellen und rassistischen Traditionen zu einem hasserfüllten, total destruktiven Fremden- und Feindbild. Seine Handhabung und propagandistische Rechtfertigung führten überdies zu einer qualitativ neuen Stufe in der allgemeinen Ge-

schichte des Denkens über andere Länder und andere Völker.

Niederlage der Aggressoren total

Die Russlandbilder der Nazis gehören zu einem Abschnitt der deutschen Geschichte, der mit der Befreiung der Völker vom Joch faschistischer Herrschaft und Kriegführung endete. Zwar geriet die Niederlage der Aggressoren total, doch eine totale Überwindung der hier behandelten russophoben Denkschemata scheint bis heute noch nicht erfolgt zu sein. Nach wie vor sprudeln aus den vom Vormachtstreben in Europa geprägten Quellen neue antirussische Feindbilder, darunter auch solche, die gleichsam aus „Ruinen auf-erstehen“.

Um ein kontinuierliches Fortwirken faschistischer Russlandbilder handelt es sich zweifellos, was jüngst dem Blatt „Christ & Welt“, einem Überbleibsel des „Rheinischen Merkur“ zu entnehmen war. Da wurden deutsche Politiker kritisiert, sie würden „die Verschlagenheit und die Brutalität von Russen“ unterschätzen⁽³⁴⁾.

Da wird den Russen unterstellt, sie seien grundsätzlich Lügner. Da wird erneut von alten und neuen russischen Expansionsgelüsten geredet, da wird ganz Europa (wozu Russland demzufolge nicht gehören soll!) als Angriffsziel räuberischer und das Völkerrecht verletzender Russen ausgemacht⁽³⁵⁾.

Dennoch scheinen Kontinuitätslinien begrenzt zu sein. Russophobie stößt heute offensichtlich auf größere Grenzen als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und in den Hochzeiten des Kalten Krieges. Trotz der Dominanz des konservativ-neoliberalen Zeitgeistes kann dieser nicht in früherer Totalität wirksam werden. Ihm steht - um nur eine Stimme anzuführen - die klare Aussage des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt entgegen, die er den regierenden Politikern gleichsam ins Stammbuch schrieb:

„Russland ist der größte Partner und der mächtigste Nachbar in Europa. Ohne Russland kann es in Europa keinen Frieden geben.“⁽³⁶⁾

Gefragt werden muss aber dennoch, in welchem Maße Russlandbilder solcher Art - unausgesprochen oder verbal bemäntelt - in die Politik mancher Parteien und mehr noch in die

mediale Darstellung Eingang finden. Sorgsam sollte beobachtet werden, inwieweit sie in die Versuche zur Bewältigung der eingangs benannten krisenhaften Erscheinungen einbezogen werden und in welchem Maße sie sich erneut der Massen zu „bemächtigen“ vermögen. Nichts hebt die politisch-moralische Pflicht auf zu prüfen, ob und wenn ja wie sich die wesensbestimmenden Grundkonstanten aller faschistischen Auffassungen über Russland in heutiger Zeit entäußern, in welchen Varianten und Verschleierungen auch immer.

Viele dieser „Ruinen“ spielten in der Geschichte der BRD eine konstitutive Rolle⁽³⁷⁾. Antikommunismus stellte sich als Antisowjetismus und Russen Hass dar. Von einer Befreiung des deutschen Volkes war bis 1985 offiziell nie die Rede; lange galt, was Konrad Adenauer und Theodor Heuß in einem Vieraugengespräch am 18. März 1955 zu ihrem Prinzip im Umgang mit der Erinnerung an den 8. Mai 1945 erhoben - es hieß

„... dass dieser Tag möglichst geräuschlos vorübergehe“⁽³⁸⁾.

Selbst das rassistische Moment blieb nicht ungenutzt. So erklärte der Bundeskanzler auf dem Karlsruher CDU-Parteitag von 1951:

„Wir müssen uns entscheiden für asiatisches Heidentum oder für europäisches Christentum.“⁽³⁹⁾

Von den „Ruinen“ - um in dem gewählten Bild zu bleiben - scheint nach meiner Auffassung gegenwärtig relativ wenig „auferstanden“ zu sein.

Hinzuzufügen wäre indessen das Wort „noch“. Denn was einmal in der Welt war, existiert weiter, oft unterschwellig oder heuchlerisch überdeckt. Es lässt sich indessen - bei geänderten Verhältnissen und zu Gunsten entsprechender Zielsetzungen - relativ leicht wieder an den Tag befördern. Abhängig ist dies von den Möglichkeiten, die politischen Verhältnisse nach rechts zu verschieben, abhängig auch von der Relation zwischen großmachtpolitischen Nah- und Fernzielen, abhängig ebenso von jeweiligen Nützlichkeitsabwägungen zu passgerechter Funktionalisierung ideologischer Rechtfertigungsargumente im Sinne jeweiliger wirtschaftlicher, politischer und geostrategischer Interessen.

Da wo Putin oder das „System Pu-



tin" - ob mit Recht oder zu unrecht kritisiert, bleibt in diesem Zusammenhang völlig unerheblich - als Erscheinungsbild des Russen, seines Charakters, seiner Lebensweise usw. gewertet wird, lässt sich eine erhebliche Nähe zu den früheren Deutungen vermuten und in manchen Fällen auch nachweisen.

Selbst eine nur latent vorhandene Russophobie kann Wegbereiter-Funktionen aufweisen für eine Außenpolitik, die Kritiker als einen „faktisch“ bereits geführten „Krieg gegen Russland“ bezeichnen⁽⁴⁰⁾, und kann auch nutzbar gemacht werden für die bereits begonnene Um- und Aufrüstung der Bundeswehr⁽⁴¹⁾.

Selbst Relikte nazistischer Russlandbilder bzw. deren erneut wirkende Bestandteile vermögen den wiederkehrenden Kalten Krieg zu befördern. Sie dienen ebenso einer weiteren Durchsetzung sogenannter „hybrider“ Kriegsformen und können helfen, sogar einem Dritten Weltkrieg Tür und Tor zu öffnen.

Zugleich wäre in der Bundesrepublik Deutschland nachdrücklich zu fragen, inwieweit - trotz aller Globalisierungsprozesse - in den gegenwärtig medial verbreiteten Russlandbildern⁽⁴²⁾ wieder ein sich stark völkisch-nationalistisch färbendes Selbstbild der Deutschen enthalten ist⁽⁴³⁾, das mit neuen Bedrohungsszenarien⁽⁴⁴⁾ auf den Spuren alten Überlegenheits- und Vorherrschaftsdenken wandelt, das aber dem in allen Krisenzeiten verwendeten Mittel dient, mit radikalen Feinbildern von eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken und eigene Machtpositionen vor inneren Gefahren zu schützen. Auch deshalb wäre nachdrücklich zu warnen vor jeder Verwendung tradierter Negativ-Klischees und ebenso vor realitätsfernen Bildern, die weder einer Erfolg versprechenden Friedenspolitik noch den Alltagsinteressen der Deutschen nützen können, die eher neuen hassefüllten und gewaltbereiten „Tätern“ den Weg ebnen ...

An dieser Stelle hätte ich gern für Ihre/Eure Aufmerksamkeit gedankt und einer klärenden Debatte entgegen gesehen. Aber leider verhindert dies eine Erkrankung. Umso mehr gebührt mein Dank demjenigen, der sich meines Textes angenommen hat.

Anmerkungen

1. Siehe u.a. Lothar Brock: Die Beharrlichkeit des Krieges. Gewalt und Gegengewalt seit dem Ende der Bipolarität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2015, S. 57-67.
2. Russophobie meint ein bis zu offener Feindschaft reichendes negatives Bild in Politik und Gesellschaft westlicher Staaten über Russland und alles Russische, zu meist nationalistisch und imperial-geopolitisch, aber auch rassistisch und christlich-religiös motiviert. Es unterstellt oftmals den Russen die Unfähigkeit, sich selbst verwalten zu können, eine aus byzantinischer Orthodoxie und tatarischem Despotismus stammende Bereitschaft zu tyrannischen Herrschaftsformen sowie kontinuierlich auftretende antiwestliche Expansionsgelüste.
3. Siehe u.a. David Goßmann: Berichterstattung mit Schlagseite. In: Roland Thoden, Sabine Schiffer u.a.: Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen (2014); Sabine Schiffer: Einspruch unerwünscht. In: Ebenda.
4. Der Text dient als Grundlage eines Vortrages für die am 18.04.2015 in Düsseldorf stattfindende Veranstaltung der Marx-Engels-Stiftung zum Thema "Der Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit den Tätern und Opfern des Naziregimes".
5. Johann Wolfgang von Goethe: Faust der Tragödie erster Teil (Faust I, 575-577).
6. Zit. nach Georgi Schischkoff (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch, Stuttgart 14./1982, S. 768.
7. Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker (Hg.): Schlagwörter und Schlagtrüfe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, 2 Bände, Leipzig 2002; dieselben (Hg.): Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, Leipzig 2005. Siehe auch Herbert Schui: Politische Mythen & elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen?, Paderborn 2014.
8. Siehe Ekkehart Klug: Das "asiatische" Russland. Über die Entstehung eines europäischen Vorurteils. In: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 265-289.
9. Kurze Beschreibung der in Europa Befindlichen Völkern und Ihren Aigenschaften. Ein Tafelbild. Siehe dazu Franz K. Stanzel: Europäischer Völkerspiegel. Imagologisch-ethnographische Studien zu den Völkertafeln des frühen 18. Jahrhunderts, Heidelberg 1999.
10. Eduard Winter und Günther Jarosch (Hrsg.): Wegbereiter der deutsch-slawischen Wechselseitigkeit, Berlin 1983.
11. Mechthild Keller und Lew Kopelew (Hrsg.): Russen und Russland aus deutscher Sicht, 5 Bände, erschienen zwischen 1985 und 1998.
12. Leo Sievers: Tausend Jahre gemeinsame Geschichte. Deutsche und Russen (1980). Auf S. 8 des Buches heißt es: "Die gemeinsame Geschichte der Deutschen und Russen ist weder eine Kette kriegerischer Auseinandersetzungen noch eine Demonstration unversöhnlichen Hasses. Den beiden Weltkriegen gingen nur wenige blutige Zusammenstöße voraus, aber lange Epochen fruchtbaren Zusammenwirkens, in denen nicht nur Handelswaren ausgetauscht wurden, sondern auch Können und Wissen, Verständnis und Sympathie. Immer wieder in den tausend Jahren dieser gemeinsamen Geschichte fühlten sich Menschen aus beiden Völkern zueinander hingezogen oder zum Land des anderen. Neben rein sachlichen Kontakten war da immer noch eine mit dem Verstand nicht zu erklärende wechselseitige Attraktion, der Wunsch, Wesen und Geist des anderen zu erfassen, den Menschen zu erleben, der sich so unvorstellbar in der Musik, der Literatur, den bildenden Künsten offenbart."
13. Gerhard Simon (Hrsg.): Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche - Kontinuitäten - Perspektiven. Köln 1987, S. 256.
14. Siehe dazu u.a. Harald Lange: Gemeinsame Sicherheit und Koexistenz. Ein Beitrag aus der Sicht der Deutschen Demokratischen Republik. In: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.): Frieden mit der Sowjetunion - eine unerledigte Sache, Gütersloh 1989, S. 500-507.
15. Siehe Dietrich Goldschmidt: "Im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen ..." Einführung. In: Ebenda, S. 21-28.
16. Karl Schlögel: Berlin Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert, Berlin 1998.
17. Gerd Koenen: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005. Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: Ein fataler Medusenblick? Die Kritik an den historischen Wurzeln des Russlandbildes der Nazis. In: Neues Deutschland, 25./26.06.2011, S. W7; ders.: Retuschierte Geschichte. Die Kritik an den historischen Wurzeln des Russlandbildes der deutschen Faschisten. In: junge Welt, 30.06.2011, S. 10 f.
18. Gregor Thum: Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.
19. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Deutsch-russische Zeitenwende: Krieg und Frieden 1941 - 1995, Baden-Baden 1995; Leonid Luks und Donal O'Sullivan (Hrsg.): Russland und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Zwei "Sonderwege" im Vergleich, Köln u.a. 2001; Peter Brandt: Das deutsche Bild Russlands und der Russen in der modernen Geschichte. In: Jabliss. Jahrbuch für europäische Prozesse, Bd. 1, 2002, S.42-70; Gabriel Liulevicius: The German Myth of the East. 1800 to the Present, Oxford 2009. Siehe dazu auch Dirk van Laak: Das Bild der Sowjetunion in Deutschland nach 1945. In: Christine Fischer (Hrsg.): Russische Literatur als deutsch-deutscher Brückenschlag (1945-1990). Beiträge einer Tagung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 26.-27. März 2010, S.18-34.
20. Siehe u.a. die Bücher von Peter Scholl-Latour: Der Weg in den neuen Kalten Krieg, Kindle 2009 sowie: Russland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam, Berlin 2006.
21. Gabriele Krone-Schmalz: Von der russischen Seele. Impressionen von Puschkin bis Jerofejew, Düsseldorf 1996; Was passiert in Russland, München 2007. Ihr soeben erschienen Buch "Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens" (München 2015) stieß sofort auf den Vorwurf, sie sei damit in die "Falle der Apologetik von Russlands Politik" geraten. Siehe "Die Zeit", 19.02.2015, S. 50. Siehe auch die sachlich-informative Besprechung des Buches durch Tobias Riegel in: neues deutschland, 04.03.2015, S. 13.
22. Ingrid Kästner und Regine Pfrepper (Hrsg.): Deutsche im Zarenreich und Russen in Deutschland: Naturforscher, Ge-

lehrte, Ärzte und Wissenschaftler im 18. und 19. Jahrhundert, Aachen 2005.

23. Spuren - Sledy. Deutsche und Russen in der Geschichte. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 3. Dezember 2004 bis 12. April 2005, Bonn 2005.
24. Siehe Wolfgang Geier in der Einleitung zu der von ihm herausgegebenen Publikation "Deutsche und Russen. Wahrnehmungen aus fünf Jahrhunderten", Potsdam 2014.
25. Das Folgende beruht vor allem auf meinem Artikel " Wenn hier Deutsche wohnten ..." Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP". In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln u.a. 1994, S. 9-54.
26. Wolfdieter Bihl: Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk. Wien u.a. 1970; siehe auch Günter Rosenfeld: Sowjetrussland und Deutschland 1917-1922, Berlin 1984.
27. Siehe Manfred Nibelin: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010, S. 364 f.
28. Siehe F. Nowak (Hrsg.): Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, Berlin 1929, Bd. 2, S. 200. Zit. nach Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin 3. 1978, S. 23.
29. Siehe den aufschlussreichen Artikel "Im Reich Ober Ost". In: Die Zeit, 20.02.2014.
30. Zit. nach Ruge, a.a.O., S. 23.
31. Siehe u.a. Klaus Körner: Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda, Dr. Eberhard Taubert. In: Arnold Sywottek (Hrsg.): Der Kalte Krieg - Vorspiel zum Frieden? (= Jahrbuch für Historische Friedensforschung, Bd. 2, 1993, S. 54-68.
32. Siehe Wolfram Wette: Das Russlandbild in der NS-Propaganda. Ein Problemaufriss. In: Hans- Erich Volkmann (Hg.): Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln u.a. 1994, S.57.
33. Siehe Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Berlin 1985, S. 430 ff.; Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.
34. Zit. nach neues deutschland, 06.03.2015, S. 13.
35. Siehe u.a. Timothy Snyder: Als Stalin Hitlers Verbündeter war. Präsident Putin hat die Tradition der Angriffskriege in Europa wiederbelebt. Das Geschichtsbild wird dieser Entwicklung angepasst - und der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 rehabilitiert. Ein Gastbeitrag. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.2014; siehe auch "Russland will die EU zerstören". Am Schicksal der Ukraine entscheidet sich das Schicksal Europa: Ein Gespräch mit dem amerikanischen Historiker Timothy Snider. In: Die Zeit, 25.09.2014, S. 7.
36. Helmut Schmidt: Er wagt die Wahrheit. In: Die Zeit, 01.04.2015, S. 45.
37. Die Probleme, die es in DDR mit dem Bild über Russland gab, können hier nicht behandelt werden und erfordern einen eigenständigen Beitrag. Siehe u.a. Über "die Russen" und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (Verantw. W. Steinitz), Berlin 1948; Eine Bilanz zu ziehen versucht Silke Satjukow: Besatzer. "Die

Russen" in Deutschland 1945-1994, Göttingen 2008.

38. Dokumentiert in: Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer - Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959. Bearb. von Peter Mensing, Berlin 1977, S. 159: siehe auch Friedrich Huneke: "Vorher war der 8. Mai 1945 ein bloßes Datum ...". Erinnerungskultur im Unterricht. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, H. 2/2006, S. 114-131.
39. Zit. nach Hans-Erich Volkmann in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Band "Das Russlandbild im Dritten Reich", a.a.O., S. 5
40. Davon spricht Eugen Ruge: Der Krieg gegen Russland. In: Die Zeit, 08.05.2014, S. 44. Diese Einschätzung fortführend kann auch gesagt werden, er sei - nach den Feldzügen Napoleons und Hitlers - der dritte Versuch innerhalb von 200 Jahren, Russland militärisch zu überwinden.
41. Siehe Michael Schulze von Glaßer: Der Russe kommt. Bundeswehr: Mehr Geld und mehr Panzer. Die deutsche Armee fällt zurück in die Zeit des Kalten Krieges. In: der freitag, 12.03.2015, S. 4.
42. David Goeßmann (a.a.O.) verweist auf den Ausspruch der Alternativen Preisträgerin Amy Goodman: „Media are more powerful than bombs“, und erklärt: "Massenmedien können durch Halbwahrheiten, Doppelstandards und Schweigen die eskalierende Rolle der eigenen Regierungen und ihrer Verbündeten bei Konflikten kaschieren, relativieren oder rechtfertigen und deren Gegner zum „Paria der Weltgemeinschaft“ ernennen. Hingegen wird auch behauptet, die meisten der medial verbreiteten Nachrichten aus Russland seien "in ihrem Kern real". Verena Bläser: Zum Russlandbild in den deutschen Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H- 47-48 / 17.11.2014, S. 48. Ein krasses Beispiel offener Russophobie lieferte CiceroOnline am 17.12.2014, worin Russland als das "Imperium der Lügen" bezeichnet wird, da in ihm die Wahrheit abzustreiten nicht nur Tradition habe, sondern generell Bestandteil des Gesellschaftsvertrages sei.
43. Auch in anderen westlichen Ländern lassen sich solche Tendenzen feststellen. Siehe Achim Engelberg: Die zarenlose, die schreckliche Zeit? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2015, S. 121 ff. Engelberg rezensiert das Buch von Orlando Figes "Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert" (Berlin 2015). Danach habe Figes die Reformresistenz und die Unterwürfigkeit der Russen sowie die Tatsache, dass "gesellschaftlich gesehen zu wenige selbstbewusste Menschen agierten", als eine Tragödie des russischen Volkes gewertet, die noch nicht zu Ende zu sein schein. Unter Putin sei Russland wie im 19. Jahrhundert eine "autoritäre, aber unterentwickelte Variante einer neuen Phase des kapitalistischen Weltsystems" geworden.
44. Siehe u.a. "Russland will die EU zerstören". Am Schicksal der Ukraine entscheidet sich das Schicksal Europas. Ein Gespräch mit dem amerikanischen Historiker Timothy Snyder. In: Die Zeit, 25.09.2014, S. 7.

Zukunftsentwurf Antifaschismus Werde Mitglied der VVN-BdA!

Persönliche Angaben

(*: notwendige Angaben)

Name:*

Vorname:*

Straße:*

Hausnummer:*

PLZ:*

Ort:*

Geburtsdatum:*

E-Mailadresse:*

Telefon:

Telefax:

Mitgliedsbeitrag

Mein monatlicher Beitrag*	entsprechend einem monatlichen Nettoeinkommen bis
<input type="checkbox"/> 3,00 Euro	400,00 Euro
<input type="checkbox"/> 5,00 Euro	600,00 Euro
<input type="checkbox"/> 7,00 Euro	800,00 Euro
<input type="checkbox"/> 9,00 Euro	1.000,00 Euro
<input type="checkbox"/> 11,00 Euro	1.200,00 Euro
<input type="checkbox"/> 13,00 Euro	1.400,00 Euro
<input type="checkbox"/> 16,00 Euro	1.700,00 Euro
<input type="checkbox"/> 19,00 Euro	> 2.000,00 Euro
<input type="checkbox"/>	

Euro

(1%, mindestens 21,00 Euro)

Mein Mitgliedsbeitrag soll von folgendem Kont

Kontoinhaber:

Kreditinstitut:

IBAN:

BIC (Nur bei Auslandsüberweisungen):

Siehe auch: » Beitragsordnung

Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen,
Sitz Düsseldorf;
Landesgeschäftsstelle: Gathe 55, 42107 Wuppertal
Telefon (0202) 450629, Fax (0202) 2549836,
E-Mail nrw@vvn-bda.de, www.nrw.vvn-bda.de
Mitglied der FIR (Internationale Förderung der
Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten)

Landessprecherin/Landessprecher:
Iris Bernert-Leushacke, Falk Mikosch, Jochen Vogler

Bankverbindung:
IBAN: DE03 3601 0043 0028 2124 35,
Postbank Essen (BIC: PBNKDEFF)
Anerkannt vom Finanzamt
Wuppertal-Elberfeld
als gemeinnützige steuerbegünstigte
Körperschaft VR 3441

